

Die Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 177 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 3. August 1934

Chefredakteur: M. Braun

Hindenburg

Nationale Legende und
historische Tatsachen

Seite 3

Reichspräsident Adolf Hitler

Die Vollendung der deutschen Diktatur zum Gewaltapparat und Kriegsinstrument - Furcht vor der Volksbefragung

Berlin, 2. August (Eigener Bericht).

Kurz nach 9 Uhr vormittags wurde der Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg amtlich bekannt gegeben.

Kurz darnach wurde über alle deutschen Sender das Staatsstreichgesetz verkündet, das in der Nachtsitzung des Reichskabinetts beschlossen worden ist:

Die Reichsregierung hat folgendes Gesetz verabschiedet:

§ 1 Das Amt des Reichspräsidenten wird mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Infolgedessen gehen die bisherigen Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler über. Er bestimmt seinen Stellvertreter.

§ 2 Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft.

Dieses Gesetz ist die Vollendung der totalen deutschen Diktatur durch Adolf Hitler, wenn auch zur Stunde noch nicht klar sichtbar ist, welche Kräfte sich zur Durchsetzung des neuen Staatsstreiches und zum Schutze der Diktatur Hitler vereint haben.

Dieses Gesetz proklamiert den Willen eines einzelnen Mannes zum einzigen Staatsgesetz. Hitler als neuer Reichspräsident überträgt sich selbst alle Befugnisse. Alle Arabesken, die man Schein halber aus der demokratischen Periode noch übernommen hat, werden abgestreift. Die letzte Mitbestimmung des deutschen Volkes wird mit dem Tode Hindenburgs begraben.

Wie es seit dem Beginn der Kanzlerschaft Hitlers keine freien Wahlen mehr zu irgendeiner gesetzgebenden Körperschaft oder zu einer Gemeindevertretung gab, so ist dem deutschen Volke nun auch das Recht zur Wahl des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung genommen worden.

Mit dem Beschluß des Reichskabinetts erledigen sich alle Kombinationen, die in der internationalen Presse noch diesen Vormittag reichlich angestellt worden sind. Nichts mehr vom Prinzen Philipp von Hessen als Reichsverweser, nichts mehr von General von Blomberg als Nachfolger Hindenburgs, nichts mehr von all den Fürsten und Generälen, die als Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft antraten. Ein Duzend eidbrüchige Reichsminister in Berlin, die um ihren Kopf bangen, erledigen den Fall.

Das Staatsstreichgesetz zeigt nicht die Kraft, sondern die Schwäche des Reichskabinetts, das nicht wagen kann, eine Volksbefragung über die Nachfolgerschaft Hindenburgs zu wagen. Hätte das Regime mit Adolf Hitler als Spitze die Autorität und die Sympathie im Volke, die es behauptet, so würde es die Gelegenheit benützt haben, um den Führer in einem großen Plebiszit zum Reichspräsidenten proklamieren zu lassen. Auch das wäre zwar bei dem Mangel eines freien Versammlungswortes und einer freien Presse und bei der Unmöglichkeit, Gegenkandidaten aufzustellen, ein großer Schwindel gewesen, aber immerhin hätte es den Schein der Mitbestimmung des Volkes gewahrt.

Wenn man noch vor dem Ableben des Reichspräsidenten sich entschloß, die Nachfolge diktatorisch zu regeln, so deshalb, weil man fürchtete, daß schon die wenigen Stunden eines Vakuums mit den unvermeidlichen Intrigen um die Nachfolge große Gefahren in sich barg.

Das Reichskabinetts setzt den brutal diktatorischen Weg fort, der mit der Ernennung Hitlers beschriftet worden ist. Seit dem 30. Januar 1933 wird Deutschland durch eine ununterbrochene Kette von Verfassungs- und Gesetzesbrüchen regiert. Seit dem Zusammentritt des ersten Hitler-Reichstags, der durch eine verfassungsbrüchige Niederknüpfung jeder Opposition zustande gekommen war, hat die deutsche Gesetzgebung jede Legalität verlassen. Keines der seitdem beschlossenen Gesetze ist verfassungsmäßig zustande gekommen. Die Ausschaltung der Volksrechte bei der Neubefugung der Reichspräsidentenschaft wird der Welt deutlicher noch als alle bisherigen Vorgänge beweisen, daß in Deutschland unverantwortlich und unkontrolliert gefährliche Persönlichkeiten und Kräfte herrschen, die sich rücksichtslos über alles Denken und Empfinden moderner Staatsführung hinwegsetzen.

Adolf Hitler hat sich zum Herrn über alle Deutschen ausrufen lassen. Wie ihn die Welt beurteilt, hat sie nach dem 30. Juni deutlich genug ausgesprochen. Mit blutiger Gewalt hat er sich seinen Weg zur Höhe gebahnt. Mit Gewalt und Blut wird er ihn behaupten — nach innen und nach außen.

Europa sieht sich einem Deutschen Reich gegenüber, das von gefährlicheren Mächten beherrscht wird, als irgendein absolutistisches Regime in der neueren Geschichte. Dieses beunruhigte Europa wird weder glauben, daß durch den legal verkleideten Staatsstreich in Berlin die Lösung der inneren Spannungen Deutschlands herbeigeführt wird noch daß dadurch die europäischen Völker die friedliche Lösung der außenpolitischen Probleme erwarten dürfen, die sie ersehnen.

Blomberg für Hitler

Der Erlaß an die Wehrmacht

Berlin, 2. August.

Der Reichswehrminister von Blomberg hat einen Erlaß an die Wehrmacht gerichtet, dessen entscheidende Sätze lauten:

Generalfeldmarschall von Hindenburg, der oberste Befehlshaber der Wehrmacht im großen Kriege, ist von uns gegangen. In tiefer Erschütterung stehen wir an seiner Bahre. Das Heldentum eines großen Soldaten hat damit seinen Abschluß gefunden. Es war ein Leben treuester Pflichterfüllung, das Reich nur ein Ziel kannte: Unermüdligen Dienst an Volk und Vaterland. Sein Beispiel befehlt uns, am Vaterland bis zum letzten Atemzug zu hängen und auch unsere Kraft und unser Leben weiter einzusetzen für das neue Deutschland. Seine Tore hat der Feldmarschall uns geöffnet und dadurch der Sehnsucht von Jahrhunderten deutscher Geschichte Erfüllung gegeben. Eingedenk dieser Heldengestalt schreiten wir den Weg in die deutsche Zukunft voller Vertrauen auf den Führer des deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler.

Berlin in Erwartung

Berlin, 2. August. (Eig. Bericht.)

Heute vor 20 Jahren war der erste Mobilmachungstag. Die Erinnerung an den Kriegsbeginn tritt aber in der Presse und in allen Gesprächen weit in den Hintergrund gegenüber der Aufregung, die der Tod des greisen Reichspräsidenten verursacht. Bis diesen Morgen versuchte die offizielle Berichterstattung noch Hoffnungen auf das Wunder einer Genesung des alten Herrn zu erwecken, und einige nationalsozialistische Zeitungen berichteten sogar, als beständen keine ernststen Sorgen um das Leben des Patienten in Neudeck. Die Krankheitsberichte seit der letzten Nacht brachten aber der gesamten Bevölkerung zum Bewußtsein, daß das große politische Ereignis seines Todes unmittelbar bevorsteht. Die Stadt ist in einer Spannung wie seit vielen Jahren nicht. Während die letzten politischen Katastrophen dieses Sommers am 30. Juni mit den Massenerschießungen von Opponenten des Regimes und am 25. Juli mit dem Kanzlermord in Wien ganz überraschend kamen, blieb nun Zeit, sich auf große innerpolitische Sensationen vorzubereiten, und man sah dies in privaten politischen Erörterungen reichlich. Zumal in den Ministerien des Reichs und Preußens, wo viele Beamte bei jedem Umfassung um ihre Existenz zittern, ist die Aufregung groß.

Journalisten, die nach Ostpreußen geeilt sind, um wenigstens bis zum Herrenhaus in Neudeck vorzudringen, kamen unverrichteter Sache zurück, da alle Zugangswege in weitem Umkreis von Reichswehr abgesperrt sind. Es sind ähnliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen wie beim Ableben des Kaisers Friedrich III., als der junge Kaiser aus Sorge um höfische Intrigen das Schloß mit seinem sterbenden Vater militärisch sichern ließ. Der Flug des Reichskanzlers nach Neudeck, und zwar in Begleitung des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten, Meißner, hat großes Aufsehen erregt. Man glaubt nicht,

daß Hillers letzter Besuch am Sterbelager Hindenburgs nur persönlicher Natur war, sondern meint, daß versucht werden sollte, noch politische Entscheidungen von dem erlöschenden Greise zu erlangen. Indes konnte sich der Reichskanzler, da die Wendung zum Schlimmeren schon eingetreten war, nur kurze Zeit im Sterbezimmer aufhalten. Der Reichspräsident war nur noch zeitweise bei Bewußtsein und fiel noch in Gegenwart des Reichskanzlers wieder in Schlaf. Angeblich wurde auch der Vizekanzler von Papen in Neudeck erwartet.

Der Zusammenstoß des Reichskabinetts am Mittwoch zu später Abendstunde noch vor dem Ableben des Staatsoberhauptes zeigte, daß hochpolitische Entscheidungen vorbereitet wurden, die man nicht bis zur Todesstunde aufschieben wollte. Darin äußert sich die große Unruhe und die mangelnde Sicherheit in den regierenden Kreisen, die sehr genau wissen, daß seit dem 30. Juni die Machtverhältnisse in Deutschland labil geworden sind. Zwar könnte Hitler natürlich in dem jetzigen Reichstag jedes ihm nützlich erscheinende Gesetz annehmen lassen, aber es ist doch noch leichter und für Hitler zweckmäßiger, wichtige gesetzliche Änderungen durch Kabinettsbeschlüsse zu erwirken.

Die allgemeine Aufregung und das Mißtrauen in die kommenden Dinge äußerte sich in den immer wieder auftretenden Gerüchten, der Reichspräsident sei schon tot, aber man halte die Meldung zurück, bis die notwendigen innerpolitischen Entscheidungen getroffen seien.

Die Reichsregierung beschloß, sich in einem Aufruf an das Volk zu wenden. Auch eine feierliche Reichstagsfeier wird vorbereitet, die das Schauspiel der Geschlossenheit Deutschlands auch gegenüber dem Auslande bieten und Beschlüsse des Reichskabinetts sanktionieren soll.

Wenn testamentarische Bestimmungen Hindenburgs, was man allerdings nicht annimmt, nicht ein bescheidenes Begräbnis anordnen, soll die Beisetzung unter militärischen und zivilen Ehrungen vor sich gehen, wie sie seit dem Trauerzuge für Wilhelm I. im März 1888 keinem Deutschen mehr zuteil geworden sind. Die Trauerfeierlichkeiten sind zugleich als gewaltige Machtentfaltung des nationalsozialistischen Staates gedacht.

„Mehr als 50 v. H.“

Siemensbetrieb antwortet Hitler

Berlin, 29. Juli. Die Abteilung des Siemenswerkes, wo Hitler die erste „Arbeitschlacht“ mit einer Rede eröffnete, hat jetzt die Wahl der „Vertrauensräte“ vorgenommen. Von der 1200 Mann starken Belegschaft dieser Abteilung stimmten für die Nationalisten 502, für die Sozialdemokraten 698. Die Nationalisten vermeldeten, daß mehr als 50 Prozent der Arbeiter für die nationalsozialistische Liste gestimmt hätten. Die Liste sei also angenommen. Unter diese Bekanntmachung schrieb ein Arbeiter: „502 50 Prozent — stimmt denn das?“

Neue Kürzung der Arbeitszeit

Berlin 30. Juli. (Zurück.) Das statistische Reichsamts macht das Einverständnis, daß im Monat Juni „vielfach die Arbeitszeit gekürzt worden ist“. Die Durchschnittsarbeitszeit ging von 7,64 Stunden im Monat Mai auf 7,43 Stunden im Monat Juni zurück.

Eine Reminiszenz

Man schreibt uns aus Berlin:

In der Weimarer Verfassung war die Stellvertretung des Reichspräsidenten ursprünglich so geregelt, daß im Falle der Verhinderung des Reichspräsidenten zunächst der Reichskanzler sein Stellvertreter sein sollte. Bei voraussichtlich längerer Dauer der Verhinderung sollte der Reichstag durch ein Reichsgesetz die Vertretung regeln.

Als Ebert, der erste Reichspräsident, 1925 starb, ging deshalb das Amt des Stellvertreters zunächst auf den damaligen Reichskanzler Dr. Luther über. Von der Mitte und der Linken wurde befürchtet, daß Luther versuchen würde, die ihm zugefallene Machtfülle in reaktionärem Sinne auszunutzen. Aber Luther war klug genug, darauf zu verzichten und es kam schnell eine Verständigung zustande, durch welche ein Reichsgesetz den damaligen Präsidenten des Reichsgerichts, Dr. Simonis, den früheren Reichsaußenminister, zum stellvertretenden Reichspräsidenten ernannte, der bis zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Amte blieb.

Als 1932 Hitler zweimal — im August und im November — von Hindenburg mit seinem Anspruch auf die Kanzlerschaft abgewiesen worden war, ließen die Nationalsozialisten durch das Zentrum an die Sozialdemokratie den Gedanken heranbringen, gemäß Artikel 43 der Weimarer Verfassung im Reichstage den Antrag zu stellen, den Reichspräsidenten abzusetzen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit sollte aus den Sozialdemokraten, den Kommunisten und den Nationalsozialisten bestehen. Bei Annahme des Antrags hätte eine Volksabstimmung die endgültige Entscheidung über die Absetzung treffen müssen. Durch den Beschluß des Reichstages wäre der Reichspräsident „an der ferneren Ausübung des Amtes verhindert“ gewesen. Die Sozialdemokratie lehnte das Ansuchen ab, das von den Nationalsozialisten gewünschte Chaos zu schaffen, aus

Paris in Hochspannung

Die deutsche Präsidentschaftskrise beherrschend im Vordergrund - Kombinationen der französischen Zeitungen

Paris, 2. August.

Wallus meint im „Intransigeant“

der 87jährige Hindenburg, der seit Monaten bereits körperlich recht schwach sei, habe nur noch dem Namen nach eine Rolle gespielt. Aber seine Gegenwart habe den Wert eines Symbols gehabt. Wer werde ihn ersetzen? Wer werde Prehtige genau befragen, um im Notfall sich Hitlers unsinnigen Plänen zu widersetzen? Was werde Hitler selbst am Tage nach dem Tode des alten Soldaten beschließen? Der Reichspräsident, so sagt Wallus weiter, sei auch Chef der Reichswehr; diese aber sei nicht hitlerisch gesonnen. Sie sei sogar vor einigen Wochen recht auffällig geworden. Um sie zu beruhigen, habe man die SA beurlaubt und Mähm und den anderen SA-Führern den Prozeß gemacht. Gerade jetzt trete die SA wieder ihren Dienst an. Werde Hitler nun in seiner Hand die Führung der regulären und der irregulären Armee vereinigen, ohne daß dagegen irgend ein Widerspruch laut werde?

Die deutschen Wirren, so schließt der Leitartikel des „Intransigeant“, sind nicht zu Ende, im Gegenteil, sie haben kaum begonnen.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ ist der Auffassung, daß es zu der von der Weimarer Verfassung vorgegebenen Wahl des Reichspräsidenten überhaupt nicht kommen werde. Im Augenblick, wo die Frage der

Nachfolge auf den Reichspräsidentenstuhl akut werde, werde man den Reichstag zu einer feierlichen Sitzung einberufen. Die Regierung werde die Abänderung der Bestimmungen für die Wahl des Reichspräsidenten beantragen, der Reichstag werde natürlich zustimmen und Hitler bevollmächtigen, selbst Hindenburgs Nachfolger zu bestimmen.

Man halte es für sehr gut möglich, daß Hitler der Form halber, um mit seiner Bekendtheit Eindruck zu machen, irgend jemand als Präsidenten vorschlagen werde. Dann aber werde die gesamte Reichsregierung Einspruch erheben, um mit Unterstützung des Reichstagspräsidenten Göring den Führer davon zu überzeugen, daß nur er den Posten übernehmen könne, der allein ihm zukomme.

Diese Szene werde sich unter Heifern und allgemeiner Begeisterung abspielen und eine Wahl erfolgen, die an und für sich nur recht alltäglich wirken würde. In Deutschland brauche man eben immer etwas, um die Leute zu begeistern.

Aud nach der Wahl? schließt der Bericht. Werde Hitler einverstanden sein, „Reichsführer“ — so heißt es, werde in Zukunft sich der Reichspräsident nennen — zu sein und einen anderen mit der Kanzlerschaft zu betrauen? Nein, Hitler werde die Funktionen des Kanzlers mit denen des Reichspräsidenten vereinen und sich durch einen Vizekanzler, vielleicht Göring — für Goebbels behänden nur geringe Chancen — vertreten lassen.

Das Neueste

Bei dem feierlichen Requiem aus Anlaß des Todes Dr. Dollfus hat der Reichskanzler Herr v. Papen mit seiner Vertretung beauftragt.

Wie die Reichsbahndirektion Trier mitteilt, entsagte auf der Strecke Trier—Hermeskeil am Mittwochabend die Lokomotive und der Packwagen eines Personenzuges. Bei dem Unfall wurde niemand verletzt. Die Untersuchung ergab, daß ein Kind aus dem Drie Beck am Nachmittag in einer Kurve schwere Steine auf die Gleise gelegt hatten, die der Lokomotivführer zu spät bemerkte. In einer Stelle häuften sich die Steine derart, daß die Inamotivine und der Packwagen aus den Gleisen sprangen. Die Aufseherin wurde sofort in die Wege geleitet. Die Kinder, die den Unfalls verursacht, sind 9-11 Jahre alt.

Am Dienstagabend ist die Gegend des Galibier-Passes in den französischen Alpen von einer Ballerholze heimgesucht worden, die ungeheuren, auf viele Millionen geschätzten Schaden anrichtete. Auf einer Strecke von sechs Kilometern wurden sämtliche Verkehrsverbindungen unterbrochen. Die Ortsgemeinschaft Galibier ist besonders stark heimgesucht worden. Hier wurden zehn Gebäude vollständig zerstört und drei Personen verletzt. In den Bergbauarbeiten wurden Mannschaften eines in der Höhe manövrierenden Artillerieregiments hinzugezogen. Menschenleben sind anscheinend nicht zu beklagen.

Die französische Polizei hat den 30 Jahre alten Bergarbeiter Raafas in St. Etienne verhaftet, der früher Vorarbeiter bei den Grenzbeschießungen war. Er soll für Deutschland Spionage getrieben haben.

Tokio. Die Ewen-Hedin-Expedition ist in Urumtschi eingetroffen.

Angesichts der zunehmenden Unruhen ist in Kennerf die Aufstellung eines Spezial-Polizeiregiments angedacht worden, das rund 1200 Polizisten umfassen wird und das bei etwaigen Unruhen eingesetzt werden soll.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

dem sie als Retter Deutschlands zur Macht kommen wollten.

In dieser Situation griffen die Nazis einen Gedanken auf, den die Mitte und die Linke früher geäußert hatten, zu dessen Verwirklichung ihnen aber die erforderliche Zweidrittelmehrheit fehlte. Sie wünschten die Verfassung dahingehend geändert, daß bei Verhinderung des Reichspräsidenten stets sofort der jeweilige Präsident des Reichsgerichts als Stellvertreter zu fungieren habe. Damals war v. Schleicher Reichskanzler und die Nationalsozialisten fürchteten, daß bei einem eventuellen Ableben des hochbetagten Reichspräsidenten v. Schleicher automatisch „zunächst“ Reichspräsident werden und dadurch die Reichswehr und die Konservativen alle Macht auf sich konzentrieren würden. Deshalb stellten die Nazis nun im Reichstage selber den Antrag, die Weimarer Verfassung dahin zu ändern, daß der jeweilige Präsident des Reichsgerichts bei Verhinderung des Reichspräsidenten sofort als Stellvertreter zu fungieren habe. Das Gesetz wurde am 9. Dezember 1932 in 3. Lesung mit 404 gegen 127 deutschnationalen und kommunistische Stimmen, also mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen. Es tritt beim Ableben Hindenburgs sofort in Geltung. Stellvertretender Reichspräsident ist dann Herr Bunkke, der jetzige Präsident des Reichsgerichts.

Heute wünscht Hitler vielleicht, daß der ursprüngliche Wortlaut der Verfassung, wonach ihm als Reichskanzler „zunächst“ die Stellvertretung zufallen würde, noch in Kraft wäre. Er könnte dann das „zunächst“ beliebig lange dauern lassen, ohne zu einer Handlung greifen zu müssen, die den von ihm ersehnten Zustand, Reichspräsident und Reichskanzler in einer Person zu sein, erst herbeiführen müßte; dieser Zustand wäre dann automatisch eingetreten. Jetzt kann er ihn nur durch einen eklatanten Verfassungsbruch sofort wieder herstellen, wobei er nicht weiß, wie die Reichswehr, die Junker und die Großindustriellen darauf reagieren werden.

Schlüsse gegen Bischof Bares?

Aus Berlin wird berichtet, daß Bischof Dr. Bares plötzlich die Reichshauptstadt verlassen und sich nach Südbaden begibt hat. Seit längerer Zeit übte er sich in Nationalsozialisten verlor, die vor einigen Tagen einen Heberlauf auf ihn inszenierten. Nur durch das Dazwischentreten eines Geistlichen wurde das Aientat vereitelt und das Leben des Bischofs gerettet. Jedoch soll Bischof Bares leicht verwundet worden sein, während der ihn verteidigende Geistliche zwei Schüsse durch die Lunge davontrug.

Auch die katholische „Neue Saar-Post“ bestätigt die Meldung. Allerdings seien die Bemühungen, mit den mahabenden Berliner Zielen in Verbindung zu treten, erfolglos geblieben.

Bischof Dr. Bares war der Unterhändler der Kirche bei den jüngsten Berliner Besprechungen über die Auslegung des Konkordats. Obwohl er dem Nationalsozialismus keineswegs grundsätzlich feindlich gegenübersteht, hat er durch seine große Berliner Rede gegen das Renneidentum eine Reihe von scharfen Angriffe auf sich gezogen. Er galt früher als einer der Exponenten der katholischen Opposition gegen das „dritte Reich“.

Die Grenzen fest geschlossen!

Gegen Schweizer Zeitungen

Aus Berlin meldet die „Neue Züricher Zeitung“: Die „Basler Nachrichten“ sind, obwohl diese Zeitung nicht unter einem formellen Verbot stand, seit fünf Tagen in Deutschland verschwunden. Die Ausgaben vom letzten Donnerstag und Freitag verfielen schon an der Grenze der Weichsel. Die am Samstagmorgen gedruckte Sonntagausgabe wurde von vornherein von der Besatzung angehalten, so daß die Expedition der Zeitungsbullen sich erübrigte. Auch die Montagausgabe ist bisher noch nicht eingetroffen. Nachdem das Interesse des Publikums in Deutschland sich in vermehrtem Maße der „Zürcher Zeitung“ zugewendet hat, widmet die deutsche Polizei auch diesem Blatt eine verstärkte Aufmerksamkeit. Heute erfolgte seine Beschlagnahme in Berlin. Die „Zürcher Zeitung“ befand sich dabei in der illustrierten Gesellschaft des „Tempo“, der bei der gleichen Piazza an allen Verkaufsstellen eingekauft wurde.

Machtkämpfe in Spanien

Die Regierung und die Sozialisten

Madrid, 2. Aug. Der Vorsitzende der sozialistischen Partei, der ehemalige Minister Caballero, erklärte, die Regierung erfinde die Verhältnisse, um ihr Vorgehen gegen die marxistischen Organisationen zu rechtfertigen und sich selbst an der Macht zu halten. Die Marxisten hätten an keinen revolutionären Ausbruch.

Die sozialistischen Gewerkschaften erlassen einen Aufruf. Darin wird behauptet, daß auch in den schlimmsten Zeiten der Monarchie die Belange des arbeitenden Volkes niemals so schlecht vertreten gewesen seien, wie durch die sogenannten republikanischen Regierungen seit dem Herbst vorigen Jahres. Fast ständig sei der Alarmzustand erklärt. Wegen ein solches System des „weißen Terrors“ hätten platonische Proteste keinen Zweck mehr. Die Arbeiterklasse müsse zu höherer Kraftanstrengung bereit sein, um damit das Ausnahmeregime zu beenden. Geschlossene Einheit sei deshalb empfohlen.

Wo bleibt die Totenliste?

Ein Dementi ohne Wirkung

Die gleichgeschaltete Saarbrücker „Landes-Zeitung“ dementiert die auch von der „Deutschen Freiheit“ übernommene Meldung von der Ermordung des greisen Bankiersführers Dr. Helm. Sie behauptet, daß der Totenliste lebe und sich besser Gesundheit erheute. Selbstamerweise beantragt sich das Blatt mit dieser Mitteilung zur Weichselstadt seines katholischen Gewissens. Es unterläßt die Frage nach der Totenliste, auf der, von Dr. Kautzner und Proff nach abgelesen zahlreich gute Katholiken angeführt werden müßten. Einer lebt — wie viele sind gemordet worden? Es scheint, daß es die Pflicht eines sich katholisch nennenden Blattes wäre, mit den Fragen und mit den Fragen nicht anzuhören.

Darum nehmen wir Sie wieder auf. Wann wird das deutsche Volk erfahren, welche Männer und Frauen den Norddeutschen der „Bühner“ zum Opfer fielen?

Hindenburg

Von * * *

Mit dem Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Beneckendorff-Schliemann ein Mann die Augen, dessen nationale Legende sich in der deutschen Geschichte nur mit Figuren wie Karl der Große, Kaiser Barbarossa, Friedrich der Große, Wilhelm I. und Bismarck vergleichen läßt.

Die Untersuchung seines geschichtlichen Wertens lehrt uns, wie verhältnismäßig gering die persönlichen Leistungen eines Menschen sein können, um ihm den Nachruhm eines Großen zu sichern. Wäre der pensionierte General von Hindenburg im Juli 1914, 67jährig, gestorben, so würde sein Name nur in einigen Offizierskajinos und Regiments- und Korpsgeschichten für einige Jahre fortgelebt haben. Nichts kündigt bis an die Schwelle des Greisenalters hervorragende militärische Leistungen Hindenburgs. Keiner seiner Kameraden und keiner seiner hohen Vorgesetzten sah in ihm einen General über den Durchschnitt, einen Strategen, einen Heerführer. In den Tagen der Mobilmachung dachte niemand in der Obersten Heeresleitung daran, dem alten General in Hannover irgendein Kommando, und wäre es nur in der Etappe oder in der Heimat, zu übertragen. Der Allerhöchste Kriegsherr und seine nächsten Berater erinnerten sich des verabschiedeten Korpskommandeurs erst, als die Rufen tief in Ostpreußen eingedrungen waren und schwierige militärische Operationen, verbunden mit schicksalsschwerer Schwächung der Westfront durch die Entsendung mehrerer Armeekorps in den Osten, notwendig wurden.

Die strategische Führung des militärisch und für die Widerstandsmoral im Volke enorm wichtigen Gegenstoßes im Osten wurde dem eben erst zum General beförderten Erich Ludendorff übertragen. Dieser energische und von einem großen Ehrgeiz befehlte Mann hatte sich schon in den ersten Kriegstagen bei dem Handstreich auf die belgische Festung Lüttich ausgezeichnet. Ihm traute man den stählernen Fleiß, die harten Nerven und die rasch planenden Entschlüsse für die gewaltigen Schlachten in Ostpreußen zu.

Seine militärische Charge und seine verhältnismäßige Jugend ließen aber seine Ernennung zum Heerführer nicht zu. Auch sein Charakter nicht. Man suchte für ihn einen gereiften General, der in seiner Persönlichkeit die Gewähr dafür bot, daß er mit dem unruhigen und höchst unbeherrschten Ludendorff ohne nennenswerte Reibungen arbeiten konnte. So verfiel man auf Hindenburg. Sein Charakter und nicht seine militärische Bedeutung entschied die Berufung. Für die nun beginnende weltgeschichtliche Arbeit Hindenburgs ist dieses Vertrauen in die Beständigkeit, ja in die Schwerfälligkeit seines Charakters, diese Abneigung gegen Experimentieren, das altkonservative Denken und Handeln entscheidend.

Wie General Helmut von Moltke noch am Morgen des 3. Juli 1866 ein in Preußen kaum genannter Mann war, am Abend jedoch als Sieger von Königgrätz seinen Welt ruhm gesichert hatte, so ist Hindenburg Ende August 1914 durch den einen Heeresbericht über den Sieg von Tannenberg für immer in die Ruhmeshalle der großen Feldherren eingetreten. Für das deutsche Volk war er von dieser Stunde an der Befreier Ostpreußens. Zum ersten Male der Retter des Reichs. Von seinem Stabschef Ludendorff wurden damals nicht viele. Er stand unbeachtet in dem mächtigen Schatten Hindenburgs und trat erst in den nächsten Jahren mehr in den Vordergrund, als in der langen Dauer des schweren Krieges große politische Entscheidungen drängend wurden.

Die schwachen Figuren des Kaisers und seines Sohnes verblakten in den Werten des Weltkrieges rasch. Die Spitzen der Monarchie hatten lange vor dem 9. November 1918 in Volk und Heer die Autorität verloren. Die Marneeschlacht stürzte den Generalstabschef von Moltke, den kleinen Knecht des großen Oheim. Kein deutscher Heerführer konnte in den langen Stellungskämpfen und in den gigantischen Bewegungskämpfen den großen Namen freitig machen, den Hindenburg bei Tannenberg gemessen und in den masurenischen Winterschlachten befestigt hatte.

So wurde er, als der Krieg immer mehr zu einem militärischen und wirtschaftlichen Weltgericht gegen das deutsche Reich emporschwamm, schließlich zum Oberbefehlshaber über alle Kriessheere an sämtlichen deutschen Fronten ernannt und General Ludendorff wurde sein Generalquartiermeister. Hindenburgs übertragene militärische Position blieb auch unangefastet, als im Oktober 1918 Erich Ludendorff unter der Wucht der militärischen Zusammenbrüche an fast allen Fronten und unter dem Mißtrauen des neuen ersten parlamentarischen Reichskabinetts gestürzt wurde. Sein Nachfolger wurde General Gröner. Er durchlebte mit Hindenburg die Novembertage 1918. Er wurde aktiv, als die Frage der Abdankung des Kaisers unter dem Drängen des Reichskanzlers Prinz Max von Baden im großen Hauptquartier zur Entscheidung stand. Von ihm stammt das Wort: „Majestät, in solcher Situation ist der Fahneneid eine Fiktion.“ Eine Wahrheit, die ihm die Monarchisten und ihre Generale nie verzeihen haben. Hindenburg blieb passiv, wie im Grunde stets in seinem Leben. Er stand auf seinem Posten und harzte aus. Still wäre er beiseite getreten, wenn der Reichskanzler und Volksbeauftragte Friedrich Ebert es befohlen hätte. Die neue Regierung wünschte aber sein Bleiben. Sie wollte die ungeheuren Schwierigkeiten im Innern und die drohende Zerfurchung im Heere, die in der Etappe schon bis zu Auflösungserscheinungen gediehen war, sie wollte die unabsehbaren Aufgaben des Rücktransportes der Massenheere in rasch aufeinanderfolgenden Terminen, die durch den Waffenstillstand vorgeschrieben waren, nicht

noch mehr komplizieren. So liquidierte Hindenburg mit seiner Autorität organisatorisch das große und großartige deutsche Volksheer des Weltkrieges.

Der historische Fehler jener Tage lag weniger in dem Verlassen Hindenburgs auf seinem militärischen Führerposten in Spa, als in der heute unbegreiflich erscheinenden Tatsache, daß man nicht den Waffenstillstand, der einer Kapitulation nahekam, mit dem Namen des Feldmarschalls verbunden hat.

Erzberger ging seinen Opfer- und Todesweg zu General Foch in den Wald von Compiègne. Er und Ebert und Scheidemann waren von nun an die Dolchstöhler, die landesverräterisch dem im Felde unbesiegt grauen Heere den Siegeskranz entrißen hatten, der nach der nationalsozialistischen demagogischen Lüge zum Greifen nahe war. Generalfeldmarschall von Hindenburg hatte dem mit den Waffenstillstandsverhandlungen beauftragten Reichstagsabgeordneten Erzberger ausdrücklich und unzweideutig und urkundlich kundgetan, daß der Waffenstillstand unbedingt sofort abgeschlossen werden müsse, auch wenn der französische Generalismus keinerlei Erleichterungen zugesteh. So von der militärischen Spitze gedrängt, unterschrieb Matthias Erzberger das furchtbare Dokument. Daß Generalfeldmarschall von Hindenburg später vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags dennoch sich den Dolchstoßwindel zu eigen machte, ließ zum ersten Male erkennen, wie stark er gewissen militärischen und gesellschaftlichen Einflüssen zugänglich war, und wie sehr er dann bewußt oder unbewußt die klare Wahrheit verbot.

Nach der Auflösung der großen Heeresmassen schied General von Hindenburg aus dem Reichsdienst aus. Wie einst als verabschiedeter General zog er sich wieder in seine Häuslichkeit zu Hannover zurück. Anders als der unruhige Ludendorff, dessen unbefriedigter Ehrgeiz die Entmachtung nicht verhindern konnte. An den gegenrevolutionären Treibereien gegen die Republik, die im März 1920 in dem verunglückten Kapp-Putsch gipfelten, war Ludendorff immer wieder beteiligt. Er sollte auch die „nationale Armee“ kommandieren, die Adolf Hitler schaffen wollte, als er am 8. November 1923 vom Bürgerbräukeller zu München aus seinen Adlerflug zur Befreiung der deutschen Nation antreten wollte. Erst von da ab versank Ludendorff ganz in lächerliche, an Narretei grenzende völkische Spielereien.

Die Schwerfälligkeit und die innere Ausgeglichenheit Hindenburgs, der sich mit seinem von ihm nie erwarteten und wahrscheinlich auch nicht ersehnten Welt ruhm als Heerführer saturiert fühlte, auch wenn seine militärische Laufbahn mit der größten Niederlage aller Zeiten geendet hatte, bewahrte ihn vor politischen Strebereien. Er blieb in Hannover und wartete, im Grunde derselbe wie in den Vorkriegsjahren, auf nichts. Man darf glauben, daß seine Wünsche nur auf ein friedliches Alter gerichtet waren.

Da starb Friedrich Ebert, von den nationallistischen Verleumdern in den Tod gehetzt. Die Macht der herrschenden feudalen und kapitalistischen Schichten der Wirtschaft, die durch die politische Ummwälzung von 1918 nicht gebrochen worden war, hatte sich inzwischen wieder so erweitert, daß sie den sozialistischen Volksmassen die Reichspräsidentenschaft mit Erfolg streitig machen konnten. Dies um so mehr, als die Zerküftung der sozialistischen Arbeiterklasse in Sozialdemokraten und Kommunisten sich vertieft hatte. Beide Parteien konnten sich zu keiner politischen Aktion zusammensinden. Jetzt nicht in der überparteilichen Präsidentschaftswahl und auch später nicht.

Der republikanische Sammelkandidat, Wilhelm Marx, ein biederer Zentrumsmann, ohne großes Format und ohne alle Eigenschaften, an denen sich die Phantasie des Volkes hätte entzünden können, stand gegen den nicht minder unbedeutenden Duisburger Oberbürgermeister und Reichsminister des Innern, Dr. Jarres. Der kommunistische Sonderkandidat, Ernst Thälmann, machte den Sieg des Republikaners Wilhelm Marx im ersten Wahlgang unmöglich. Hingegen wäre Wilhelm Marx im zweiten Wahlgang Reichspräsident geworden, wenn nicht Jarres zum Verzicht bemogen und an seine Stelle Generalfeldmarschall von Hindenburg zum Kandidaten ausgerufen worden wäre. Nach einem kurzen, erbitterten Ringen siegte er mit knapper Mehrheit über seinen zivilistischen republikanischen Gegner. Das war im Jahre 1925.

Als er in einem feierlichen Staatsakte im Reichstage vor der Volksvertretung auf das schwarz-rot-goldene Reichspräsidenten in die Hand des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten Paul Löbe den Eid auf die Verfassung der Republik leistete, gingen starke Zweifel durch das Parlament, ob der alte Soldat, der drei preußischen Königen fast sechs Jahrzehnte gedient hatte, dem republikanischen Staate den Schwur halten werde. Die Hoffnungen der Gegenrevolution wurden mächtig geweckt. Die Sorgen der Republikaner wuchsen.

Indes war der Reichspräsident von Hindenburg sehr als ein halbes Jahrzehnt eine einzige Enttäuschung für die deutschnationalen Monarchisten, hinter denen, nur erst schwach und wenig beachtet, die völkischen Gruppen um die Nationalsozialisten sich erhoben. Der Generalfeldmarschall als Reichspräsident, der aus seiner monarchistischen Ueberzeugung und aus seinem inneren Treueverhältnis zum preußischen Königtum nie ein Gehl gemacht hat, übte sein Amt streng verfassungsmäßig, mehr und mehr sogar mit einer gewissen persönlichen Wärme für das Staatswesen aus, zu dessen Führung er in so hohem Alter gerufen worden war. Er arbeitete loyal mit Poli-

tikern wie Stresemann, Otto Braun, Hermann Müller und Paul Löbe zusammen. Es ist nicht zu leugnen, daß der im Grund unpolitische alte Mann seinen Gesichtskreis noch zu erweitern verstand und mehr als einmal selbständige Entscheidungen traf. Mehr noch als innenpolitisch trat er außenpolitisch in Gegensatz zu den nationallistischen Kräften, die ihn gewählt hatten. Die Dawes- und Young-Gesetze, die Locarno- und Kellogg-Pakte tragen seine Unterschrift. Er geriet in eine Linie mit den schlappen Pazifisten und verruchten Landesverrättern. Politische Gassenbuben wie Dr. Goebbels beschimpften ihn öffentlich. Er schwieg und arbeitete und harzte auf seinem Posten aus wie stets.

Diese wichtige geschichtliche Periode von Stresemann bis Hermann Müller darf nicht übersehen werden, wenn man den Entschluß der republikanischen Parteien verstehen will, die im Frühling 1932 in einer letzten gemeinsamen Front sich auf die Wiederwahl Hindenburgs einten, um wenigstens in der höchsten Spitze des Reichs und im Kommando der Wehrmacht eine Persönlichkeit zu wissen, die damals im schroffen sachlichen und persönlichen Gegensatz zu den verbrecherischen Naturen in der Führung des Nationalsozialismus stand. Der 85jährige wurde zum zweiten Male Reichspräsident. Die republikanische Parole für den uralten kaiserlichen Feldmarschall des Weltkrieges war das sichtbarste Zeichen der inneren Schwäche des deutschen Republikanismus und seiner Ablehnung durch gemaltige Teile der Nation. Der Reichspräsidentenkandidat Adolf Hitler erhielt Stimmenzahlen, die in das Phantastische stiegen und die nationalsozialistische Hochflut zu einer unmittelbaren Staatsgefahr machten.

Die zweite Reichspräsidentenschaft Hindenburgs zeigt auch bei rückhaltendem Urteil keinerlei große Linien mehr. Der alte Mann wurde von politischen und militärischen und gesellschaftlichen Anträgen hin und her gerissen. Der schwankende Charakter von Papens, zusammen mit bornierten, um ihren Besitz sorgenden, auf Subventionen lauenden östlichen Gutsbesitzern regierte ein Jahr lang den Reichspräsidenten. Das unwürdige Hin und Her des Jahres 1932, die unkluge Trennung von allen lebendigen Massenkräften, die Kette von Rechtsabfällen, die Zermürbung der beschworenen Reichsverfassung, die abenteuerlichen, die unverantwortlichen Schiebungen hinter den Kulissen entwickelten sich, die schließlich zu dem Haffardeurstreich der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führten.

Mit verlogenem Pathos, mit Facheitzügen, mit dem theatralischen Staatsakt von Potsdam wurde diese letzte Aera der Reichspräsidentenschaft Hindenburg begonnen. Er stirbt nun in Tagen, die den politischen, wirtschaftlichen und moralischen Zusammenbruch eines Systems aus Meißel und Terror und Raub und Mord aller Welt zeigen. Die persönliche Schuld des Mannes an diesem rapiden Verfall Deutschlands zu untersuchen, ist hier nicht der Ort. Wir schämen sie nicht zu hoch ein. Seine Passivität, seine geistige Unbeholfenheit und seine auch moralische Primitivität haben wohl seit langem den Birkel und die umwälzenden Wirkungen der Vielfalt von großen Ereignissen nicht mehr übersehen können.

Als der vielgeschmähte Friedrich Ebert an einem Märzabend des Jahres 1925 als Leichnam aus dem Palais des Reichspräsidenten getragen wurde, waren er und seine Familie so arm wie an dem Tage im Jahre 1919, der den sozialdemokratischen Abgeordneten und Parteiführer zum Staatsoberhaupt gemacht hatte. Neben ein paar bescheidenen Möbelstücken war es das geistige Rüstzeug des Autodidakten, das die Hinterlassenschaft geblieben war: eine kluge und vornehm ausgewählte Bücherei.

Die nationale Legende verschweigt die Uneigennützigkeit des idealistischen Marxisten Friedrich Ebert, den sie politischen Kindern aller Altersstufen als einen geringwertigen, egoistisch-materialistisch denkenden und handelnden Emporkömmling hinstellt. Dieselbe nationale Legende verschweigt natürlich auch, daß der nun verstorbene Reichspräsident und seine Familie keineswegs von der vorbildlichen katonischen Strenge des Sozialdemokraten Friedrich Ebert in Fragen der persönlichen Bereicherung waren.

Dotationen an Minister und Generale sind in Preußen nicht selten gewesen. Es ist aber ein einzigartiger Vorgang, der mit altpreussischen Begriffen nicht zu vereinbaren ist, daß der Generalfeldmarschall und Reichspräsident sich aus Summen, die von hochkapitalistischen Schichten gesammelt worden waren, ein Rittergut und später noch eine große Erweiterung dieses Besitzes schenken ließ. Noch weniger korrekt war die sofortige Ueberschreibung an seinen Sohn Oskar von Hindenburg, nur zu dem Zwecke, um dem Staat die Erbschaftsteuer bei dem Ableben des Reichspräsidenten vorzuenthalten. Das war eine Vorsicht in steuerlichen Dingen, die selbst die notorische Steuerscheu des Altreichshanzlers Fürst von Bismarck weit hinter sich ließ. Die patriotischen Kinderfabeln, zu denen seit jeher auch alle kapitalistischen und christlichen Zeitungen gehören, werden freilich solche Tatsachen niemals zur allgemeinen Kenntnis bringen. Dem Volke muß der Glaube an Halbgötter, die nur durch Gesichtslügen möglich sind, erhalten werden.

Hindenburg erhielt das Familiengut Neudeck geschenkt, damit er bodenständig immer wieder im Kreise der härtesten und zuverlässigsten Stützen aller Reaktion, der abligen Grundbesitzer, sich erholen könne. Im Herrenhause zu Neudeck sind die politischen Intrigen zum Ziele geführt worden, die den Reichspräsidenten von Hindenburg

Burg mehr und mehr und endgültig von allen republikanischen Schichten trennten.

Als „Agrarbohoschewist“ wurde Reichskanzler Brüning von den Agrarjunkern gestiftet.

Weil er das Bekanntheitsvermögen des Osthilfskandals mit den riesenhaften Subventionen, diesen Korruptionsgeldern an Hindenburgs nächste Freunde, nicht verhindert hat, mußte General von Schleicher nach wenigen Wochen Kanzlerschaft aus der Wilhelmstraße weichen. Daß Hindenburg aus eigener Tradition und unter dem Druck seiner Umgebung das Schicksal des Reichs in schwersten Tagen mit den Besitzinteressen geschichtlich überlebter Herrenschichten verbunden hat, ist Schuld für ihn und Tragik für die Nation. In einer nahen Zukunft wird sich dieser grobe Fehler furchtbar rächen.

Hindenburg! Welch ein Leben, das fast ein Jahrhundert umfaßt: von den Tagen des Vormärz, über die Revolution von 1848, über die Reaktionsperiode, über den Hochflug des Hohenzollerns von Königgrätz bis zum Niedersinken der Monarchie im Herbst 1918, von den Anfängen sozialistischer Arbeiterkämpfe bis zu sozialistischen Massentriumphen in der Republik, vom Siegesglanze des Kaiserreichs im Spiegelsaal zu Versailles bis zur Kapitulation von Versailles und zu den tiefen nationalen Ohnmacht unter faschistischem Abenteuerium.

So ging der königlich preussische Leutnant von Hindenburg seinen Weg bis zum Feldmarschall und zum Reichspräsidenten. Sein Name wird lange in der Weltgeschichte fortleben. Seine Taten wird die kritische Historie nur gering bewerten. Er wurzelte in vergangenen Zeiten und war bis zuletzt ein Schildhalter für den Schutz von Vorrechten, die zum Untergang verurteilt sind.

Der Tod ruft den uralten Soldaten ab. Die Reichsführung verwaist. Die militärischen Ehrensäulen donnern über Hindenburgs Grab als den Abschluß einer Epoche deutscher Geschichte.

Deutschlands Riesentragedie steht vor neuen dramatischen Akten. Die Reichskrise ruft nach Männern und nach Taten.

SA.-Mann Kruse

Ist das alles?

Wir haben lange auf ein amtliches Dementi zu dem Brief des SA.-Mannes Kruse: „Ein Reichstagsbrandstifter stellt sich vor“ gewartet. Wir hörten nicht das mindeste. Keine reichsdeutsche Zeitung hat ein Wort dazu gesagt.

Jetzt wird das Schweigen zum ersten Male durchbrochen. Es ist die „Deutsche Front“, das Blatt der Nazis und Gleichgeschalteten des Saargebietes. Das Blatt schreibt:

„Enttarnungen über den Reichstagsbrand: ein Brandstifter meldet sich...“ usw., das ist die neueste Sensation der separatistischen Nippaltpresse an der Saar. Wer ist der geheimnisvolle Flüchtling? Am 17. Juli soll er in der Schweiz gelandet sein. Wie kommt es aber dann, daß eingeweihte Antikreise sich schon am 16. Juli von den kommenden „Enttarnungen“ über Röhms Brandstifterrolle unterhalten konnten, von denen ihnen doch damals noch nichts bekannt sein konnte. Wir können mit Namen und Ort dienen, wenn es gewünscht wird? Das sieht denn doch verdächtig nach bestellter Arbeit aus. Damit dürfte die Mär von dem unbekanntem Emigranten der SA. ihre reißlose Erledigung gefunden haben.

Auf eine solche belanglose Antwort waren wir, es sei offen gestanden, nicht gefaßt. Wir hatten geglaubt, daß die bewährte Dementiermaschinerie in Gang gesetzt werden würde, schon darum, weil der Brief Kruses an den Reichspräsidenten eine Wirkung gehabt hat, die uns selbst überrascht. Unsere Sondernummer, die den Brief enthielt, mußte schon wiederholt nachgedruckt werden.

Wir fordern die „Deutsche Front“ auf, uns sofort „Name und Ort“ zu nennen. Untererseits stellen wir fest, daß uns der Brief Kruses mit der Bitte um Abdruck am 18. August, mit der zweiten Post gegen 10 Uhr morgens zugestellt wurde. Der Briefumschlag trug den Stempel „Tübingen, 17. August“. Die Diskretion der „Deutschen Front“ ist eine neue Behauptung für die Echtheit des Briefes und die Wahrheitstreue Kruses.

Auwi schreibt Briefe

h. b. Der Bann 84 der Hitlerjugend veranstaltet Ende August in Wilsler einen Aufmarsch und hatte den Hohenzollernproph Auwi gebeten, das Protektorat über diese Veranstaltung zu übernehmen. Auwi hat nun zwar leider keine Zeit, da er in Ferien gehen muß, um seine von den Besorgnissen der letzten Wochen angegriffenen Nerven wieder in Ordnung zu bringen, aber er hat die Gelegenheit benutzt, sich einmal recht dick bei den Hitlerjugenden anzuschmieren. Der Brief, in dem er das tat, lautet so:

„Pottdam, Sanssouci, Villa Plegnitz, 7. 7. 34.
Lieber Kam. und Pp. Dunsfeld! Ihre im Namen der dortigen HJ. ausgesprochene Bitte zur Übernahme des Protektorats am 20. August hat mich gerade nach den letzten Weisheitswörtern besonders gefreut. (Wieso, waren königliche Hohheit etwa doch nicht ganz echt. D. Red.) Reizt sie mir doch, daß Ihr, genau so wenig wie unser Führer, an meiner Treue zu ihm gezweifelt habt. Da ich aber Mitte des Monats auf Urlaub lahere und voraussichtlich noch einen Teil des Monats August fort bin, kann ich noch gar nicht übersehen, wo ich dann sein werde. (Nun, verehrter Pp., vermutlich in St. Moritz. Die Red.) Ihr müßt naturgemäß eine feine Julage haben, deshalb werde ich Euch einen anderen Protektor verschaffen müssen. Es tut mir sehr leid, denn gerade mit Schleswig-Holstein — meinem „Mutterland“ — und besonders mit Dithmarschen fühle ich mich immer eng verbunden. Grüßen Sie mir Ihre jungen Kameraden. Recht gutes Gelingen zum Aufmarsch. Heil Hitler, jetzt mehr denn je!“

Ein altes deutsches Sprichwort sagt: „Der kluge Mann baut vor.“ Der Ton des Hohenzollernbriefes läßt allerlei Rückschlüsse zu.

Neuer Mord in Gunzenhausen

(Anpreß): Bei einem Pogrom in Gunzenhausen wurden im März dieses Jahres bekanntlich zwei Juden getötet. Vor einigen Wochen sind die Täter, Mitglieder der SA., wegen ihrer Ausschreitungen zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt worden. In diesem Prozeß traten der Jude Simon Strauß und sein Sohn als Zeuge auf. Jetzt ist Strauß von dem Vater des Pogroms, dem SA.-Führer Baer ermordet worden; der Sohn von Strauß wurde schwer verletzt.

Rückgang der Spareinlagen auch im Saargebiet

Die Auszahlungen bei den deutschen Sparkassen betragen im Juni 45,5 Millionen Mark mehr als die Einzahlungen. Damit wird die rückläufige Tendenz der Spareinlagen fortgesetzt, die schon im Mai festzustellen war. Wenn die deutsche Presse die Reisezeit als Grund für diesen Rückgang angibt, so bliebe immerhin die Frage offen, wieso gerade in diesem Jahr so viel gereist würde. Die Erschwerung von Ferienreisen, zum Beispiel ins Ausland, hätte grundsätzlich die Reisezeit vermindern und den Sparkassenbestand steigern müssen. Aber jeder Einsichtige weiß, daß die Verminderung der Sparkasseneinlagen im wesentlichen als „Flucht in die Sachwerte“ aus Furcht vor einer Inflation zu bewerten ist. Das Mißtrauen in die deutsche Währung ist so groß, daß es auch ins Saargebiet übergreift. Hier gingen die Einlagen der Sparkassen in der letzten Zeit ebenfalls zurück, im April schon von etwa 820 Millionen auf 812 Millionen Franken.

Man fürchtet zwar nicht den Sturz der französischen Währung, aber einen politischen Handreich Deutschlands auf das Saargebiet, als dessen Folge sich automatisch die Umschreibung aller Frankeneinlagen auf Markeneinlagen ergeben würde. Da man nicht erst bis zum letzten Augenblick warten will, um die sauer ersparten Franken zu retten, begünstigt man schon jetzt Franken in den Strumpf zu stecken oder in benachbarten französischen Grenzorten anzulegen.

Zu denjenigen Kreisen, die ihr Geld sicherheitsshalber ins Ausland schaffen, gehören unter anderem prominente Mitglieder der „deutschen Front“. Wir enthalten uns bei diesen wirtschaftlichen Vorgängen jedes Werturteils. Wir stellen lediglich fest, daß der Rückgang der Sparkasseneinlagen im Saargebiet kennzeichnend ist für das sinkende Vertrauen der Saarbevölkerung zur deutschen Währung und zur deutschen Politik.

Jedem Deutschen ein Fieberthermometer

Die nationale Forderung zur Rettung der Wirtschaft — Was in der Tat allen Nazis und Gleichgeschalteten fehlt

Vor uns liegen folgende „Notrufe“, für deren Deutsch nicht wir, sondern die nationalen Verfertiger die Verantwortung haben:

Notruf!

Geraberg i. Thür., Datum des Poststempels.
Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Einen besonders schweren Kampf führen gegenwärtig in Frankfurter Fieberthermometer die Glasbläser des Thüringer Waldes. Seit langer Zeit ist die Not ihr täglicher Gott. Der Export, auf den wir besonders angewiesen sind, wird durch Wankot, Bölle, und in letzter Zeit auch noch durch ausländische Konkurrenz, sehr behindert. Viele Glasbläser sind arbeitslos und auch nicht unterhaltungsberberechtigt. Unser Wirtschaftsgebiet des Thüringer Waldes ist seit längerer Zeit als Thüringer Notgebiet erklärt worden. Wir bitten Euch heute unsere Not mit helfen zu lindern. Da wir gegenwärtig ohne Aufträge, bitten wir um Eure Unterstützung. Helft uns mit Arbeit und Verdienst zu finden. Kauft unser so wertvolles Erzeugnis.

Kauft jeder Volksgenosse als Volksgenosse ein Fieberthermometer!

Dieses Instrument ist der Berater der Familie und so wenige kennen ihn. Gar manche Krankheit kann dadurch rechtzeitig erkannt und bekämpft werden. Ein Fieberthermometer sollte in keinem Haushalt fehlen. Es handelt sich hier um ein lauberes, einwandfreies Qualitätsinstrument, amtlich geprüft und mit amtlichem Prästempel versehen.

Ihr habt Gelegenheit ein solches Qualitätsinstrument zum vorzuehlichen Preis zu erwerben.

Darum zeichnet Euch ein in die von Hand zu Hand zirkulierende Bestellkarte und gebt dadurch Euren noleidenden Volksgenossen direkt Arbeit und Verdienst!

Heil Hitler!

Thermometerfabrik Wilhelm Vindensaub

Geraberg i. Thür.

Mitglied der Deutschen Arbeitsfront.

An den Fachschaftsleiter des Amtes

Geraberg i. Thür., den 1934

Thür. Notgebiet

Verehrter Volksgenosse!

Einen verzweifeltten Kampf führen seit Jahren die Glasbläser des Thüringer Waldes. Schon in der Zeit als andere Industrien noch gut beschäftigt waren war Arbeitslosigkeit

Die gestohlenen Arbeitergroschen

Ley muß die Kassenschlüssel herausrücker
Hitler selbst will an die Kasse

Das Vermögen der Arbeitsfront ihm unterstellt

Die großkapitalistische Diktatur hat durch Hitler einen Schlag gegen die „Arbeitsfront“ führen lassen, der die letzten Illusionen zerstört. Alle Funktionen, die eine Vertretung von Arbeiterinteressen, wenn auch in beschränkter Form, ermöglicht hätten, sind der Arbeitsfront bereits genommen worden. Jetzt wird ihr auch die Verfügung über die Mitgliedsbeiträge und die Kapitalien der Arbeitsfront entzogen. Dr. Ley preßt auf dem letzten Loch. An Macht und Einfluß ist ihm nichts geblieben — jetzt geht es an die finanzielle Grundlage seiner parasitären Existenz!

Das Vermögen der deutschen Gewerkschaften war ein großes sozialpolitisches Zweckvermögen, das von den Gewählten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter autonom verwaltet wurde. Es diente der Aufrechterhaltung und Verteidigung des kulturellen Standes der Arbeiterschaft, es wurde für Kampf und Unterhaltungszwecke verwendet. Auf diesem Vermögen beruhte der materielle Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft! Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hatten kraft der demokratischen Verfassung der Gewerkschaften darüber ein Mitbestimmungsrecht.

Dies sozialpolitische Zweckvermögen ist am 2. Mai 1934 gestohlen worden. Es fiel in die Hand der Arbeitsfront. Nun wurde es ein Zweckvermögen gegen die Arbeiter. Die Beiträge wurden nach wie vor eingetrieben — aber die Auszahlungen eingestellt! Eine gewaltige, bei der ehemaligen Arbeiterbank zentralisierte Kapitalmacht wuchs heran, auf deren Grundlage die Bonzen der Arbeitsfront ihre parasitäre Existenz aufbauten. Eine riesenhafte Korruption wurde gezüchtet, gegen die alle Differenzierungen über die Korrup-

tion in der SA. ein Ainderispiel sind. Das korrupteste Subjekt unter diesen Parasiten ist der Len. Nach 1932 war dieser Mann vollkommen vermögenslos und bankrott — heute kann er die Tiergartenvilla eines Großindustriellen für 1.600.000 Reichsmark kaufen! (Eine Million sechshunderttausend Reichsmark.)

Aber — du glaubst zu stehen und wirst befohlen! Das gesamte Vermögen der Arbeitsfront einschließlich der Verfügungsgewalt über die „Bank der deutschen Arbeiter“, die rund 700 Millionen Mark Kapitalien verwaltet, ist dem Reichshauptamt der nationalsozialistischen Partei unterstellt worden.

Damit ist der Diebstahl vollendet! Die Beiträge der Arbeitsfront sind fortan reine Parteibeiträge für die NSDAP, die letzte Fiktion, daß das Zweckvermögen der deutschen Arbeiter erhalten werde, ist gefallen. Auch Ley ist nun völlig klargestellt, daß die Arbeitergroschen für braunen Diktatoren geraubt worden sind! Die letzte Verfügungsgewalt über das beim Reichshauptamt der NSDAP zentralisierte Vermögen besitzt Hitler. Seine politische Macht zerbröckelt — aber seine Finanzmacht wird gestärkt. Das Großkapital braucht ihn nicht mehr zu finanzieren — er finanziert sich selbst durch den Raub der Gewerkschaftsgelder.

Dieser Diebstahl ist die Querschnitte zu dem neuen Schlag der Unternehmer gegen die Arbeiter, zu Kurzarbeit und Lohnbruch. Das ist die wahre Volksgemeinschaft, und das famose „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ erhält jetzt erst seinen richtigen Sinn. An Händen und Füßen gefesselt, sind die Arbeiter den Unternehmern ausgeliefert — und sie müssen obendrein noch Tribute für die Finanzierung der Kapitaldiktatur zahlen!

Hitlers Bauernpolitik

Berlin, 20. Juli. Für das kommende Jahr ist als Festpreis für Futtergerste und Hafer ein Erzeuger-Verkaufspreis von 150 Mk. pro Tonne offiziell festgelegt worden. Dagegen müssen die Bauern für Futtermittel alter Ernte auf den Märkten heute selbst 200 Mk. pro Tonne bezahlen.

Die Katastrophe des Außenhandels

Berlin, 20. Juli. (Anpreß.) Die deutsche Ausfuhr nach Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Estland, Lettland und Litauen, die im Jahre 1929 noch 1368 Millionen Mark betrug, fiel im Jahre 1933 auf 567 Millionen Mark; die Einfuhr aus diesen Ländern ist in der gleichen Zeit von 1148 auf 342 Millionen Mark zurückgegangen.

Hitlers Hände in Oesterreich

Eine Nazi-Ministerliste — Die Dokumente des Hotelsekretärs

„Kabinet Rintelen“

Wien, 1. Aug. Bei Durchsicht der Wohnung von Dr. Rintelen in einem Wiener Hotel ist von der Polizei eine vollständige Liste des Kabinetts Rintelen beschlagnahmt worden, welche nach dem Falsch das Ministerium Dollfuß ablösen sollte. Die Ministerliste lautet: Kanzler: Dr. Rintelen; Vizekanzler: Theo Dabicht, ehemaliger Inspektor der nationalsozialistischen Partei Oesterreichs; Auswärtiges: Professor Engelmann; Krieg: General Wagner; Sicherheitswesen: Dr. Brandl, früherer Wiener Polizeipräsident; Unterricht: Professor Gleispach; Propaganda: Frauenfeld, früherer Propagandaleiter von Wien; Handel: Dr. Kroll, Generaldirektor der Alpen Montan-Gesellschaft; Soziale Fürsorge: Neubaehar, Präsident der deutsch-österreichischen Vereinigung für den Anschluss.

In ganz Oesterreich betrachtet man die Tatsache, daß die beiden letzteren in Deutschland unter Hitler arbeitenden österreichischen Führer als Minister ansersehen waren, für eine starke Kompromittierung Hitlerdeutschlands. In der Tat hat Hitlerdeutschland diesen beiden Männern, Sobisch und Frauenfeld, den gesamten Propagandaapparat zur Verfügung gestellt und ihnen in den österreichischen Regionen eine bewaffnete Macht an die Hand gegeben.

„Hotelsekretär Heel“

Wien, 1. August. Der Bundesminister für Heimatdienst Ed. Daw. machte im Auftrag der Bundesregierung im Rundfunk die Mitteilung, die österreichische Behörde besitze ein Dokument, das einen geschlossenen Schuldvertrag zwischen der Reichsregierung und dem Berliner Nachrichtendienst und der reichsdeutschen Presse darstellt, wonach der Falsch eine rein innerösterreichische Angelegenheit gewesen sei und daß keinerlei Fäden über die Grenze führten.

Die Mitteilung des Bundeskommissars lautet: „In der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag der vergangenen Woche, also wenige Stunden nach der Ermordung des Bundeskanzlers, wurde am Ausgange des oberösterreichischen Dorfes Kollerschlag ein unbekannter Angehöriger, der sich als Hotelsekretär Franz Heel aus München legitimierte. In seinem reichsdeutschen Paß, der die Nummer 4474 trägt, befand sich ein gebührenfreies Dauerulm zur Ausreise nach Oesterreich. Bei der Leibesvisitation fand man mehrere Dokumente. Unter dem Hemd trug er halbversteckte Revolver, die noch nicht ganz entziffert sind. Eine davon lautete beispielsweise: Rintelen... Kanzler. Rintelen verhandelt... Neue Reichsmünze unterweas... kommt nicht mehr in Frage.“ In den Schubladen des Verhafteten fand die Polizei:

Aufzeichnungen mit genauen Verhaltensmaßnahmen
für die Nationalsozialisten in Oesterreich im Falle des Sturzes der Regierung Dollfuß. Aus den Dokumenten geht hervor, daß auf das Stichwort „Sommerfest“ zunächst ein unbewaffneter Aufstand erfolgen sollte, der im Falle eines Widerstandes der Staatsgewalt in eine bewaffnete Erhebung übergehen sollte. Das Stichwort für diesen zweiten Fall lautete: „Freiheitskämpfer mit italienischer Macht.“ Das Wort „Sommerfest“ wurde übrigens im Laufe der Woche mehrmals von den Behörden in halbversteckten Radiomeldungen abgehört. Jetzt kennt man seinen Sinn. Der Verhaftete gab ferner an, daß er diese Schriftstücke in Passau erhalten habe und sie in Linz Hauptpostlagernd aufgeben sollte. Als Entlohnung für diesen Dienst hatte er einen Betrag von 300 Schilling erhalten. Das bei dem Verhafteten gefundene

Dokumente
gliedert sich in mehrere Punkte. Der erste Abschnitt enthält insbesondere die Worte: „Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung Dollfuß eines Tages zum Rücktritt gezwungen wird. Stichwort: Sommerfest.“ Entweder wird eine neue Regierung ernannt oder es entspinnt sich ein Kampf um die Nachfolge. Der zweite Abschnitt enthält u. a. die Sätze: „In jedem Fall strebt auf eine bestimmte Zeit ein gewisses Vakuum. Die Exekutive gehört nicht mehr der

alten Regierung. Sie hat aber auch keinen Befehl von der neuen Regierung und ist infolgedessen gelähmt. Dieser tote Punkt muß ausgefüllt werden.“ Es folgen dann im dritten Teil in allen Einzelheiten Verhaltensmaßnahmen für die SA. Im vierten Absatz heißt es: „Wenn einige Stunden nach dem Rücktritt Dollfuß der neue Bundeskanzler der die Fingel noch nicht fest in der Hand hält, aus allen Ländern die Nachricht erhalten wird,

die SA habe die Macht übernommen, so wird er selbst nicht so leicht den Entschluß fassen, die Exekutive gegen uns aufzubieten.“ Im fünften Teil werden nun die zwei Möglichkeiten erwoogen, nämlich der Fall der Unterstellung der Regierung unter die nationalsozialistische

„Seelöwe“ mit Reichs-Handgranaten

Reichsamtliche Waffen für den Nazi-Aufstand in Oesterreich

Wien, 1. August.
Nicht ohne Grund spürt man Deutschlands Hand in den Terrorakten, die seit Monaten in Oesterreich Todesopfer fordern, zu denen auch Dollfuß gehört.
Wie wir vor einigen Tagen meldeten, hatte man in der Nähe von Norschach in der Schweiz auf dem Bodensee das Motorboot „Seelöwe“ angehalten, das zahlreiche Minen, Bomben mit Zeitzündern, Sprengpatronen und Revolver, alles für die österreichischen Nationalsozialisten bestimmt, mit sich führte.

Fotografien, die von der Wiener Regierung den Regierungen in London, Paris, Rom und... Berlin übermittelt wurden, beweisen unzweifelhaft den deutschen Ursprung von anderem Kriegsgüter, das man am 2. Juli an der deutsch-österreichischen Grenze beschlagnahmen konnte.

Es handelt sich um Mägen mit Mägen und einen größeren Posten von Handgranaten. Ihre Herkunft kann man nicht gut leugnen, denn es ist ausdrücklich auf bei den einzelnen Stücken liegenden Prüfzetteln vermerkt, daß man im Falle von Beanstandungen den Prüfzettel mit dem Rest der noch in der Schachtel vorhandenen Mägen dem „Heereswaffenamt, Prüfwesen 5, Charlottenburg 2, Lebensstraße 1“, einfinden solle. „Der zugehörige Bericht ist auf dem Dienst-

Kastkästchen hatten die beiden Nazis, die an Bord des „Seelöwe“ verhaftet wurden, zugegeben, genutzt zu haben, welche gefährliche Ladung sie in der Schweiz bei sich hatten, um sie den österreichischen Terroristen zuzuführen.

Wäre die Gewalt oder der Kampf um die Gewalt. Im letzten Teil wird dann angeordnet, es komme hauptsächlich darauf an, daß die Bewegung scheinbar spontan aus dem Volke komme. Sie müsse also rein innerpolitisch ausgehen und dürfe keinesfalls den Eindruck erwecken, von außen her aufgezogen zu sein. Unbedingte Geheimhaltung in allen Stellen der SA, SS, und Hitlerjugend sowie unter der SA-Führung sei Bedingung. Es folgen dann

genaue Einzelheiten
über die Durchführung der Machtergreifung nach dem Sturze der Regierung, die Ernennung der Landeshauptleute, die Verantwortlichkeit für alle politischen Vergehen, Anweisungen betreffend die Rückkehr der Legion, die schnellstens nach Wien zurückgeführt werden sollte, ferner Anweisungen im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit der Polizei und der Gendarmerie, der nach Möglichkeit vermieden werden sollte. Ferner wird darin angeordnet, was nach Übernahme der Gewalt zu geschehen habe. Schließlich heißt es in dem Dokument, daß im Falle eines handrechtlichen Todesurteiles gegen einen Nationalsozialisten eine überaus rasche Beizehung des Wesentlichen mit List oder Gewalt zu versuchen sei...

In England, Frankreich und in den skandinavischen Ländern, wo man den Wert der menschlichen Freiheit nicht immer richtig einschätzen konnte, war man über das, was in Deutschland geschah, verblüfft und entsetzt. Heute hat man endlich begriffen, welchen Wert Freiheit und Liberalismus besitzen. Trotz des Geschreies und militärischen Lärmens, den die Hitler entfalten, glaubt Lloyd George nicht, daß diese lärmende Bande irgendeinen militärischen Wert besitzt. Der Wert liegt heute bei der Reichswehr. Ohne ihre Unterstützung hätten Hitler und Göring am 30. Juni die Worte nicht durchzuführen können, denn sie hätten nicht auf die Zuverlässigkeit der eigenen braunen Truppen rechnen können.

Alles wird von der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Monate abhängen. Die ökonomische Lage in Deutschland ist alles andere als glänzend. Eine Lebensmittelknappheit macht sich schon heute bemerkbar und die Trockenheit zerstört die Aussichten auf eine günstige Ernte. Die deutsche Ausfuhr ist gering und die Weidreserven sind aufgebraucht. Deutschland hat schon erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es keine Getreideimporte im Ausland finanzieren will. Nur durch eine Drofflung des übrigen Rohstoffbezuges ist diese Finanzierung möglich.

Der Fleischnachschub
war sicherlich nicht der Grund dafür, daß Mähm und seine Freunde so plötzlich beseitigt wurden. In Wirklichkeit ist der Nationalsozialismus als solcher getroffen worden. Die Großindustrie, die Banken und die Junker die bisher den Nationalsozialismus unterstützt haben, weigern sich, irgend einer neuen Lösung zu folgen, die das Elend und die Arbeitslosigkeit beseitigen soll. Die meisten Führer, die in ihren Ideen stärker zum Sozialismus neigten, wurden ermordet. Ihre Anhänger werden auf Mähm gefolgt oder eingeschüchtert. Damit ist aber das soziale Problem in Deutschland nicht gelöst. Hitler besitzt auch nicht die Kraft oder Mittel, es zu lösen.

Schmerzliches

„Der Jud“ ist schuld“

In einem Artikel gegen Hitler-Deutschland schreibt der „Popolo de Roma“: „Alle in Europa wissen, von wem der Reichstag angezündet wurde. Hitler allein weiß es nicht.“ Dazu schreibt die „Deutsche Front“ in Saarbrücken:

„So weit ist es nun glücklich gekommen. So tief ist die italienische Presse gesunken, daß sie sich die schmutzigen Lügen und Verleumdungen der von den Großlogen und der französischen Rüstungsindustrie ausgehenden jüdischen Emigrantenblätter zu eigen macht, daß sie sich nicht einmal entblödet, die unmittelbar nach der von Kommunisten verübten Brandlegung des Reichstags ausgegebene Parole beherzigt anzunehmen und weiter zu verbreiten. Ein führendes faschistisches Blatt als Propagandaorgan der Rom-Minister!“

Wir werden uns nicht wundern, wenn die Münzenbergs und Rosenfelds, die Bernhards und Schwarzhilds demnächst zu den geschäftlichsten Mitarbeitern des faschistischen „Popolo de Roma“ zählen werden.“

wegen vorzulegen.“ Wörtlich lautet ein solcher amtlicher Prüfzettel:

Rechtsgewinde
15 B. Z. 24
für
Stielhandgranaten 24
R. R. E.
1 1 . 2 .
Datum:
Ust.-Nr. der I. L. N. 2 1
Ust.-Nr. der Mägen 2
Abgenommen:
Hausleitner
Oberleutnant
Bei Beanstandungen von Zündern ist dieser Zettel und der Rest der noch in der Schachtel vorhandenen Zünder dem Heereswaffenamt, Prüfwesen 5 Charlottenburg 2, Lebensstraße 1, einfinden; der zugehörige Bericht ist auf dem Dienstwege vorzulegen.

Diesmal ist der Beweis der deutschen Mittäterschaft geradezu lächerlos, denn das beschlagnahmte Waffenmaterial stammt geradenwegs aus einem der Munitionsämter des „dritten Reiches“.

Baron von Hahn

Von deutscher Seite wird gemeldet, daß Baron von Hahn, der Wiener Vertreter des OAB von Heimwehrleuten verhaftet und mehrere Stunden lang festgehalten worden ist, während in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung stattfand. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob es sich um eine legale Aktion handelt, oder ob die Heimwehren eigenmächtig gehandelt haben. Man erwartet eine Protestdemarche der deutschen Regierung bei der österreichischen Regierung.

Wieder eine Mordtat

Wien, 1. August. Der Mörder des Innsbrucker Stabskapitänmanns Bichl, Friedrich Wurnig, ist vom Innsbrucker Standgericht des Militärgerichtshofes zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Christian Meier, der zweite Angeklagte dieses Mordes, wurde wegen Hochverrats zu 20 Jahren schweren Kerkers (Zuchthaus) verurteilt. Das Urteil an Wurnig wurde, wie aus Innsbruck gemeldet wird, Mittwoch um 20 Uhr vollzogen. Bei der Grazer Staatsanwaltschaft sind nach einer Meldung des „Neuzeitlichen Blattes“ bisher über 1400 Strafanzeigen im Zusammenhang mit der Julirevolte eingelaufen. Ein Teil dieser Anzeigen wurde bereits dem Militärgericht in Wien übermittelt, doch wird der Militärgerichtshof in Graz eine eigene Session abhalten und schon in den nächsten Tagen zusammentreten.

Bischöfe gegen Papen

Rom, den 1. August 1934.
Aus Wien wird dem „Messaggero“ gemeldet, daß die österreichischen Bischöfe in bezug auf Herrn von Papen einen Schritt bei der Bundesregierung unternehmen hätten.
Die österreichischen Bischöfe, so schreibt das Blatt, hätten sich in Wien versammelt, um danach bei Kaiser Schulzinger vorzusprechen, um auf gewisse Schwierigkeiten bezüglich der Verantwortlichkeit des von Hitler in Wien bestimmten Reichsverretters hinzuweisen.
Die Demarche der österreichischen Bischöfe zeigt, wie stark die Aufmerksamkeit des Vatikan und der Großmächte auf die Frage Papen gerichtet ist. Sie zeigt, daß diese Kreise erwägen, Berlin zu verständigen, daß die Entsendung des Herrn von Papen nicht nur die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich nicht nur nicht erleichtere, sondern im Gegenteil erschwere.

Der Aufstand und Südslawen

3000 Oesterreicher übergetreten
Wien, 2. August.
Nach einer Belgrader Meldung der „Stunde“ sind bisher 3000 österreichische Aufständische auf südslawisches Gebiet übergetreten. In Barabdin ist am Dienstag ein neuer Transport von 60 Flüchtlingen eingetroffen. Darunter befinden sich auch zwei Frauen und fünf Kinder. Den Flüchtlingen wurden die Waffen abgenommen. In den ersten Tagen nach der Flucht befanden sich die Flüchtlinge allerdings in großer Not, doch verfügen sie heute, wie die südslawischen Blätter melden, über gewisse Geldsummen und können Nahrungsmittel aufnehmen. Nach einer weiteren Meldung sind auf der Linie Warburg—Trauburg allein 700 Flüchtlinge nach Südslawien gekommen. Südslawische Zeitungen behaupten ferner, in Karnus seien immer noch schwere Kämpfe zwischen den Aufständischen und dem Bundesheer.

Der verwandelte Lloyd George

„Seit dem 30. Juni ist Deutschland ein Land des Schreckens“

Lloyd George, Englands großer Einzelgänger während des Krieges, ist einer der Verantwortlichen von Versailles. Später gehörte er zu den schärfsten Gegnern des Vertrages, für dessen harte Bestimmungen er die Franzosen verantwortlich machte. Er hat gleichzeitig in Wort und in Schrift behauptet für Deutschland und seine Gleichberechtigung Stellung genommen. Dem „dritten Reich“ gegenüber nahm er bis zum 30. Juni eine abwartende Haltung ein. Seit dem 30. Juni ist es damit zu Ende. In dem Pariser „Information“ veröffentlicht er einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Es gibt keinen Menschen außerhalb Deutschlands“, so erklärt Lloyd George, der die letzten Hinrichtungen an rechtfertigen auch nur versuchen kann. Die kaltblütige Ermordung von 77 Menschen ohne Urteil und ohne eine Möglichkeit der Rechtfertigung hat in allen zivilisierten Staaten ein Gefühl des Schreckens hervorgerufen. Die Reichstagsrede Hitlers hat das Gebotnis nicht geändert. 77 Menschen sind ermordet worden, ohne daß man ihnen sagte, welche Verbrechen sie begangen haben. Die vollständige Liste der Hingerichteten ist noch nicht veröffentlicht worden. Die Erzählung von einer Verhöhnung ist recht unwahrscheinlich. An Stelle des geheimnisvollen Herrn v. A., den Hitler in seiner Reichstagsrede genannt hatte, hätte er auch irgend einen anderen Buchstaben des Alphabets herausgreifen können.

Das Blut des 30. Juni ist vielleicht nicht umsonst geflossen. In fast allen Staaten hat es Politiker gegeben, die glaubten, daß man die Kraft einer Regierung in der Unterdrückung der bestehenden Verhältnisse erkenne. Der Wunsch nach Freiheit war in seinem Kurs in Europa schon hart gefallen. Der deutsche Terrorismus hat diesen Kurs wieder schwarz ansteigen lassen.

Der Weltkampf gegen den Krebs

Am Züricher Stadttheater begannen die Verhandlungen des Internationalen Radiologenkongresses. Die Eröffnungssitzung, der Beratungen von Einzelgruppen und ein Empfangsabend vorangingen, ist vollständig einem einzigen Thema gewidmet, der internationalen Organisation der Krebsbekämpfung. Zu dem Kongress haben sich etwa 1500 Ärzte und Physiker aus allen Teilen der Welt eingefunden. Besonders zahlreich sind außer den europäischen Ländern Amerika und Asien, namentlich Japan vertreten. Die Gelehrten und Forscher aus Deutschland und Oesterreich bilden einen großen Teil des Kongresses. Die Wiener Schule der Strahlenheilkunde ist mit einer erheblichen Zahl von Referaten und Vorträgen vertreten.

Die Eröffnungssitzung wurde eingeleitet durch ein umfangreiches Referat des Kongresspräsidenten Professor Doktor Hans Schinz, der die Ziele und die Zwecke des Kongresses auseinandersetzte und die Organisation der Krebsbekämpfung in der ganzen Welt nach ihrem heutigen Stande und den Tendenzen ihrer Entwicklung schilderte. Die Erhebungen für diese umfangreiche Arbeit wurden in der ganzen Welt gepflogen. In manchen Ländern ist bereits das erwünschte Ziel erreicht, andre stehen noch am Beginn dieser tiefenarbeit. Aber die Gelehrten aller Länder bemühen sich mit neuen Hoffnungen auf die letzten Errungenschaften der Wissenschaft, in die bisherige soziale Organisation der Krebsbekämpfung die Strahlenbehandlung einzugliedern. Das letzte Ziel muß sein, allen Krebskranken ohne Unterschied auf ihre soziale Lage beste Behandlung, die möglich ist, anzudeuten zu lassen.

Alle Statistiken bestätigen, daß die Zahl der Todesfälle an Krebs überall zunimmt. Die Ursache dafür liegt in der Ueberalterung der Bevölkerung. Daher beschäftigen sich auch überall die leitenden Staatsmänner mit dem Problem. Die Abwehr ist außerordentlich schwierig, weil die letzten Ursachen des Krebses noch unbekannt und deshalb auch die Vorbeugung noch nicht möglich ist. Notwendig ist daher die Heilbehandlung im Frühstadium. Das ist der heutige Stand der Dinge, und daraus folgt die Notwendigkeit einer Organisation, um das Leiden frühzeitig erfassen und behandeln zu können.

Kranke und Ärzte suchen mit gleicher Sehnsucht das spezifische Heilmittel gegen den Krebs. In allen Laboratorien der Welt wird danach gesucht. Unsere Kenntnis über die Natur des Krebses ist zwar in den letzten dreißig Jahren außerordentlich gewachsen, aber alle die großartigen Forschungen und Entdeckungen haben noch keinen therapeutischen Niederschlag finden können. Die Forschung läßt sich nicht kommandieren, und niemand weiß, wann und wo, welchem Genie und welchem Glücksfall der große Fund gelingen wird. Wir warten auf diese Entdeckung, aber inzwischen müssen wir alle Mittel der Chirurgie und der Strahlenkunde sämtlichen Krebskranken in organisierter Weise in der ganzen Welt zugänglich machen. Dies ist das große Ziel dieser Tagung.

Eines der wichtigsten Mittel der Frühdiagnose und der Frühbehandlung ist die Volksaufklärung. Sonst verliert der Kranke die Zeit oder er fällt kurzpulsig in die Hände. Aber auch die Ärzte müssen zur Frühdiagnose erzogen werden, insbesondere die Medizinstudenten. Das Wichtigste aber ist die Finanzierung. Namentlich aber sind besondere Kliniken für Krebskranken notwendig, und da das Problem der chirurgischen Behandlung im wesentlichen bereits gelöst ist, ist es notwendig, besondere strahlentherapeutische Kliniken zu gründen. Die Strahlentherapie ist leider gebunden an kostspielige Einrichtungen und jahrelange Ausbildung der Ärzte. Im Kampf gegen den Krebs darf es auch keine Kompetenzstreitigkeiten der medizinischen Fächer, darf es nicht Hauptfächer und Nebenfächer geben. Man kann auch die Strahlentherapie nicht gut auf einzelne bestehende Kliniken verteilen.

In einem Ueberblick über die Krebsbekämpfungsinstitute aller Länder kommt der Redner besonders auf Wien zu sprechen, der Heimat von Holzknicht, wo an der Universität die Strahlenbehandlung dezentralisiert und auf die einzelnen Universitätsinstitute verteilt, dagegen in dem Strahleninstitut in Laing ein außerordentlich wirksames Zentrum für die Krebsbekämpfung geschaffen ist. Es ist unumgänglich notwendig, überall „Pionierkliniken“ zu errichten und von ihnen aus das Land zu versorgen. Allerdings ist das beste Institut nicht ausreichend, wenn nicht hinter ihm die Persönlichkeit des Arztes steht, durch dessen Idealismus jede Einrichtung erst ihre Seele bekommt.

An den einleitenden Vortrag schloß sich ein großes Referat des früheren Strahlenforschers Professor Gösta Forsell, des Leiters des „Radiumhemet“ in Stockholm.

Ganze Opern auf einer Platte

Großartige Erfindung eines Tontechnikers

Die Fortschritte, die binnen weniger Jahre in der fotografischen Industrie erzielt worden sind, sind ganz erstaunlich. Sowohl in bezug auf die Darbietungen, wie auf Lautstärke und Klangreine Wiedergabe sind Verbesserungen vorgenommen worden. Nunmehr ist auch auf dem Gebiete der Aufnahme eine Erfindung gemacht worden, die die Beliebtheit des Grammophons in allen Kreisen vergrößern wird.

Louis Jaffard, der Erfinder, hat eine Vorrichtung geschaffen, mit deren Hilfe man Platten von ungewöhnlicher Dauer herstellen kann. Jede Plattenseite nach dem System Jaffard vermag eine Darbietung von ein und einer Viertelstunde aufzunehmen. Von nun an wird es also möglich sein, ohne Schnitte und Unterbrechungen die längsten Opernacte, Symphonien und Theaterstücke in einem Zuge hintereinander mitanzuhören. Das bedeutet eine völlige Umwälzung in der Phonographen-Industrie. Das Verfahren des Professors Jaffard beruht darauf, daß bei der Aufnahme der Darbietungen die Rotationsgeschwindigkeit erhöht wird. Die epochemachende Bedeutung der Erfindung wird am besten dadurch illustriert, daß man nunmehr das ganze „Rheingold“, und den gesamten Bizet'schen „Jausi“ auf anderthalb, die „Meistersinger von Nürnberg“ auf zwei Platten unterbringen kann!

Die Familien aller Länder werden von jetzt ab ihre Abende genau so am Phonographen-Apparat verbringen können, wie bisher an der Radio-Anlage! Nur daß sie sich immer auszuwählen können, was sie hören wollen!

Der Sultan und die Badefrau

Die Märchen aus „Tausendundeine Nacht“ leben weiter und erfahren alle Jahre eine Vermehrung. In einem der bekanntesten Pariser Salons erzählte ein junger Muselman folgende unbekanntes Geschichte. Der Sultan Abdul Hamid war mit einer außergewöhnlich großen Nase geschlagen, aber er konnte seinen Scherz darüber vertragen. Als er eines Tages badete, bemerkte er, daß eine seiner jungen und hübschen Badefrauen, die ihm die Parfüms reichten und die Tücher hielten, herabstach, während sie ihn mit Rosenwasser begoß. „Warum lachst Du?“ fragte der Herrscher. „Ich habe auf der Wand den riesigen Schatten Ihrer Nase gesehen, Sultan“, antwortete das Mädchen weiterlachend. Voller Wut befahl der Sultan sofort, im ganzen Reich nach einem Mann zu suchen, dessen Nase noch größerer Entfaltung sei, als die seinige; als der Gesuchte herbeigeführt wurde, verheiratete Abdul Hamid ihn mit der Späterin. — In seinem großen Keger endete die Geschichte aber sehr glücklich; das Paar verstand sich sehr gut — und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute . . .

Aus Filmen wird Wirklichkeit

Vor einiger Zeit lief über alle europäischen Bühnen ein Film, der einen Boxkampf zwischen Carnera und Baer, mit den beiden Meistern als Schauspieler, zum Gegenstand hatte. Baer wurde in diesem Film Sieger. Wenige Monate später siegte Baer wirklich. Man sprach von einer Vorahnung des Films. Viele sagten aber auch, daß der Film daran Schuld war, weil Baer die Schwächen Carneras hat studieren können.

Jetzt ist wieder etwas eingetreten, was der Film vorausgesehen hatte. Der Film „Das Haus Rothschild“, der jetzt auch über die europäischen Bühnen gehen wird, bringt viele Tatsachen, die vielleicht nicht alle historisch belegbar sind. Vieles ist den Herstellern sehr verübelt worden. Vor allem, daß entgegen der Wirklichkeit die Tochter des ersten englischen Rothschild gegen den Willen des Vaters und erst nach langen häuslichen Kämpfen einen jungen nichtjüdischen Offizier heiratete. Daran mußte man denken, als in der vergangenen Woche die Hochzeit der Tochter des Bankiers Lionel de Rothschild, Rosemary, mit Dennis Berry, dem Sohn einer der angeesehensten englischen Großindustriellenfamilien, stattfand. An dem Hochzeitsmahl, an dem über achtzig Personen teilnahmen, sah man sämtliche Mitglieder der englischen Familie Rothschild. Der Vater des jungen Ehemannes ist Mitbesitzer eines der größten englischen Zeitungsverlage.

Aber auch schon vor einigen Monaten heiratete der Neffe des Lord Rothschild eine junge englische Aristokratin, die vor der Ehe zum Judentum übergetreten war.

Ist es auch hier eine Vorahnung des Films? Oder ist vielleicht auch hier der Film der Inspirator?

Kuba - das neue Scheidungsparadies!

Die Regierung Kubas ist eifersüchtig auf den Ruhm Mexikos, das bisher als Scheidungsparadies den „ersten Rang“ einnahm. Daher hat Kuba jetzt eine neue Verordnung erlassen, die einen Scheidungsprozeß noch leichter macht, als in Mexiko. Der ganze Prozeß kostet nur noch zehn Dollar, und die einzige Bedingung, die noch zu erfüllen ist, besteht darin, daß man sich mindestens dreißig Tage auf der Insel aufhalten muß. Denn die Hotels von Kuba wollen ja schließlich auch leben . . . Die kubanische Regierung will jetzt noch ein Nebriges tun und durch entsprechende Propaganda dafür sorgen, daß Kuba bei den Scheidungslustigen Amerikanern als Scheidungsparadies die notwendige „Popularität“ gewinnt. Aus diesem Grund hat sich ein Vertreter der Regierung nach Hollywood begeben, um die berühmte Filmschauspielerin Joan Harlow zu bitten, ihre — dritte! — Scheidung doch in Kuba auszusprechen zu lassen! Jetzt weiß man endgültig, daß die kubanische Regierung große Sorgen hat!

Ein kluges Pferd

In der vergangenen Woche ereignete sich bei den Rennen von Solihbury ein merkwürdiger Zwischenfall, der in den Annalen des englischen Rennsports noch nicht vorgekommen ist. Für die Norman Court Stakes hatte Mr. William Barnett ein dreijähriges Pferd engagiert. Es hieß Barinero und galt wegen seiner Leistungen fast als Favorit. Zwanzig Minuten vor Beginn des Rennens wurde es zum Startplatz geführt, um gefaltet zu werden. Es herrschte eine unerhörte Hitze. Das Tier, das im allgemeinen sehr ruhig war, schlug um sich und warf sich zu Boden. Es wollte nicht starten und weigerte sich hartnäckig, sich wieder zu erheben. Man mußte es entfalten, bevor es auf seine vier Beine sprang. Nun führte man es eine Weile umher, um es zu beruhigen. Als man ihm aber die Sporen gab, legte es sich sofort wieder ins Gras. Da nichts mit ihm anzufangen war, mußte es von der Startliste gestrichen werden. Barinero ist ein Bruder des Derbyflegers Trigo.

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Deryonia Zur Mühlen. 39

Gegen vier Uhr hörte ich plötzlich ein fürchterliches Gebrüll, und dann knallten ein paar Schüsse. Was war jetzt wieder geschehen? So oft man laute Worte hört, beginnt man zu zittern. Fragt man sich: wer wird jetzt wieder gequält, wen haben sie jetzt wieder überfallen? Und Bilder des Entsetzens fliegen vor einem auf. Die Schüsse verstummten, und es war ein Augenblick totentill. Dann ertönte von neuem das Geschrei. Es entfernte sich, wurde leiser und abermals senkte sich ein unendlicher Friede über den Garten. Ich dachte an den alten Mann, der heute abend kommen sollte. Ich kannte ihn flüchtig, und ich wußte, was für ein guter anständiger Mensch er war. Er hatte im Wohlfahrtsausschuß gearbeitet und vor kurzem war ihm das Mandat genommen worden. Ein alter Mann, der immer für andere gesorgt und sich für andere abgemüht, der nie etwas für sich selbst hatte erreichen wollen. Und er sollte ins Konzentrationslager, bald wird unser Land nur noch ein ungeheurer Kerker und die wahren Verbrecher werden die Kerkermeister sein. Aber diesen einen alten Mann muß ich retten. Ich verank in Gräbeln. Wie hatte alles so kommen können? Wer hatte den ungeheuren Fehler begangen, wo und wann ist er begangen worden? Ich dachte auch an Fritz und Seppel, diese zwei jungen Menschen, die jeden Tag ermordet oder ins Konzentrationslager gebracht werden konnten. Wie ruhig sie es hinnahmen, wie tapfer sie waren! Sie konnten sogar noch lachen. Und sie hatten eine große Hoffnung. Seppel hatte sie ausgesprochen: „Rußland wird uns helfen.“

„Aber weshalb zögert Rußland so lange? Wie viele Tote, wie viele Gefolterte muß es geben, bis Rußland sich rührt? Bis die Welt sich rührt? Worauf warten die anderen Nationen noch, weshalb greifen sie nicht ein? Würde ein einzelner Mensch zusehen, wie ein Mord begangen wird?“

Fritz hatte, als ich diese Gedanken ausdrückte, fast mitleidig gelächelt:

„Sie verstehen ja noch immer nichts von Politik.“

„Was ist Politik, wenn es sich um Menschenleben handelt? Dem Grauen muß ein Ende bereitet werden. Wenn ein armer Teufel aus Not stiehlt, nennt man ihn einen Dieb und sperrt ihn ein, bei uns in Deutschland aber erhalten Mörder hohe Posten.“

Langsame Schritte schreckten mich aus meinen Gedanken. Ich sah Toni über die Freitreppe kommen. Toni, die seit vielen Wochen nicht mehr bei mir war. Aber wie sah sie aus! Totenblau, mit verweinten Augen. Mein erster Gedanke war Rati, konnte ihr etwas zugestoßen sein?

„Deine Mutter?“, fragte ich zitternd.

Toni schwanke. Ich schob ihr einen Sessel hin und holte rasch aus dem Speisezimmer ein Glas Wein.

„Sprich nicht, trink“, bat ich sie.

Sie trank das Glas leer, aber ihre Wangen röteten sich nicht. Sie starrte mich mit weit aufgerissenen todtraurigen Augen an.

„Ist deiner Mutter etwas zugestoßen?“ fragte ich mehrmals.

„Nein, nein, nicht der Mutter, nicht . . .“

„Was ist dir? Sag doch, was geschehen ist.“

Sie stand auf und trat zu mir. Sie legte ihren jungen starken Arm um meinen Hals.

„Gräfin Agnes, liebe, liebe Gräfin Agnes . . .“

Ihre Stimme brach.

Ein fürchterlicher Gedanke preßte mir das Herz zusammen.

„Claudia?“ fragte ich. „Claudia? Mein Gott, was hat sie getan? Hat sie jemand verraten?“

Ich hörte meine Worte, aber ich wollte ihren Sinn nicht fassen. Claudia, meine Tochter, war es möglich, konnte es sein?

Toni hob den Kopf. Run glühten ihre Wangen, und sie sah mich fast zornig an.

„Claudia hat niemand verraten“, sagte sie mit fester Stimme. „Sie dürfen stolz auf sie sein.“ Und dann sah sie wieder den festen Druck des jungen Arzts, und Toni lächerte:

„Claudia ist tot.“

Ich glaube nicht, daß ich ohnmächtig geworden bin; nur ein schwarzer Schleier senkte sich vor meine Augen, und ich konnte nicht sprechen. Nach einer langen, langen Zeit versuchte ich, mich auf dem Sofa aufzusetzen und sagte:

„Erzähl mir alles, Toni.“

Und während sie zu sprechen begann, merkte ich plötzlich, daß sie nicht mehr das Hakenkreuz trug und dachte verwirrt: wie froh wird meine gute Rati sein.

Toni erzählte es mir, später erzählten Fritz und Seppel es mir wieder. Jedes Wort hat sich in meiner Seele eingegraben; ich werde nie eines von ihnen vergessen. Wenn ich allein im Garten sitze, klüsterie ich sie mir vor, voll Trauer, aber auch voll Stolz.

Wir hatten zu lange gewartet. Der alte Huber wurde früh am Nachmittag festgenommen. Sie hingen ihm ein Schild um den Hals, auf dem stand: „Ich bin der alte Bonac Huber“ und führten ihn so, mit Schlägen und Lieben, durch die Stadt.

Claudia begegnete dem Zug auf dem großen Platz vor dem See.

„Ich hatte sie ja schon einmal zurückhalten müssen“, sagte Toni, „aber heute war sie allein. Ich kam erst dazu, als es schon zu spät war.“

Claudia stand eine Sekunde regungslos und starrte auf den schauerlichen Zug. Sie sah, das erfuhr ich später von anderen, wie einer der Nazis dem alten Mann ein Bein stellte, so daß er hinfiel, und wie derselbe Bursche dem auf der Erde Liegenden Zukritte versetzte.

Sie sah, wie der alte Mann hochgerissen wurde und wie die Gummiknütel auf seinen Rücken niederhieben. In diesem Augenblick sprang sie vor und stellte sich vor den alten Mann. Das sah Toni.

Claudia schrie die SA-Männer an:

„Laßt den Alten los, ihr Bestien, ihr Mörder!“

„Gehen Sie, mein Kind, gehen Sie. Wir ist nicht zu helfen.“

(Fortsetzung folgt.)

Neue Heimat für 20000 deutsche Flüchtlinge

Palästina das Hauptland für Einwanderung und Siedlung — Die Passfrage

(ZTA.) In einer in London abgehaltenen Pressekonferenz berichtet der Oberkommissar für die deutschen Flüchtlinge James G. Macdonald über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit zur Wiederbeschaffung und wirtschaftlichen Eingliederung der im letzten Jahre aus Deutschland geflüchteten Personen, erörterte die Möglichkeit der endgültigen Lösung des Auswandererproblems und stellte eine Berechnung der Kosten der in nächster Zeit nach dieser Richtung zu treffenden Maßnahmen an.

Der Oberkommissar erklärte, die Zahl derjenigen, die bereits endgültig eine Heimstätte gefunden haben, werde auf über 20000 geschätzt.

Palästina sei das Hauptniederlassungsland für jüdische Flüchtlinge; abgesehen von den Tausenden, die unmittelbar aus Deutschland ihren Weg in dieses Land gefunden haben, sei man monatlich etwa 100 Personen behilflich, aus denjenigen Ländern Europas, in denen sie vorübergehend Aufenthalt genommen haben, nach Palästina auszuwandern. Rundherum 1500 Personen seien in den letzten sechs Monaten von den beiden wichtigsten Auswanderer-Hilfsorganisationen, Diem und Anglo-Siem, nach Palästina und nach anderen überseeischen Ländern weitergeleitet worden. Etwa 600 von diesen seien nach Palästina gegangen. Weitere 600 Personen wurden durch die beiden Verbände in verschiedene europäische Länder zur dauernden Niederlassung gebracht. Die erwähnten und andere Organisationen bemühen sich, Unterbringungsmöglichkeiten in Handel, Industrie und Landwirtschaft in allen Ländern ausfindig zu machen, die für Einwanderung in Betracht kommen. Dagegen haben sich die von Zeit zu Zeit auftauchenden Projekte für Massensiedlung in weniger entwickelten Ländern als undurchführbar erwiesen. In ihrer Verwirklichung wären so große Summen erforderlich, wie man sie unmöglich aufbringen könnte. Außerdem aber seien die meisten dieser Siedlungsprojekte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als wirtschaftlich gesund anzusehen.

Auf der Tagung des Beirats des Oberkommissariats, die im Juni in Paris stattfand, sei vorgeschlagen worden, daß dem Büro des Oberkommissars zunächst von allen Hilfskomitees genaue Berichte über die Zahl derjenigen, die zur Auswanderung entschlossen und geeignet sind, zugestellt werden und daß dann eine besondere, aus den Vertretern der Auswanderungsorganisationen zusammengesetzte Kommission auf Grund dieser Listen Pläne für die Uebersee-Anwanderung aufstellen solle.

Tabelle habe es sich nur um die in Handel, Industrie und Landwirtschaft Tätigen und die Büroangestellten gehandelt, nicht aber um Akademiker und Intellektuelle, für die besondere Pläne entworfen wurden. Nunmehr sei die Gesamtlage von dieser Sachverständigen-Kommission im Lichte der von den Organisationen erhaltenen Berichte überprüft worden. Die von den Organisationen betreuten Auswanderer seien nach Beruf und Eignung für die Auswanderung klassifiziert worden. Es habe sich ergeben, daß für sofortige Auswanderung insgesamt etwa 4500 Menschen geeignet sind. Die durchschnittlichen Kosten des Transports in überseeische Länder und des Unterhalts bis zur Eingliederung in das wirtschaftliche Leben des neuen Staates seien mit 50 Pfund pro Kopf berechnet worden, betrügen also insgesamt 225 000

Pfund. Diese Summe würde es ermöglichen, das Emigrationsproblem in seinem gegenwärtigen Stand fast in vollem Umfang zu lösen.

Gleichzeitig seien jedoch die Komitees in fast allen an Deutschland angrenzenden Ländern bei der Fortsetzung der unbedingt notwendigen direkten Unterstützungsarbeit durch Mangel an Mitteln schwer bedrängt. Diese Unterstützungsarbeit müsse fortgesetzt werden, bis jene Auswanderer, die in den Ländern ihres jetzigen Aufenthalts wirtschaftlich nicht eingegliedert sind, weitergeleitet werden können.

Die Kommission, führt der Oberkommissar fort, habe auch Berichte über Industrielle, landwirtschaftliche und kaufmännische Möglichkeiten, die auf Grund von Untersuchungen in einer Reihe von Ländern an Ort und Stelle durchgeführt werden, geprüft.

Man habe beschlossen, diese Untersuchungen durch eingehendere technische Studien fortzusetzen und zu vertiefen, in den Einwanderungsländern Handels- und Industriebanken oder andere Finanzinstitute ausfindig zu machen, mit deren Hilfe einzelne Spezialprojekte verwirklicht werden könnten. Etwa ein Fünftel aller für die Auswanderung geeigneten, also 900 Personen, sind Nichtjuden. Von diesen kommt ein großer Teil für landwirtschaftliche Siedlung in Frage; es sei geplant, Gruppen zwecks gemeinschaftlicher Ansiedlung zu bilden. Die erfolgreiche Durchführung dieses Programms hänge jedoch davon ab, ob die notwendigen Mittel dazu aufgebracht werden. Die Kommission habe es dem High Commissioner überlassen, gemeinsam mit den wichtigsten Organisationen, die sich mit der Fürsorge für jüdische und nichtjüdische Auswanderer befassen, die Möglichkeit zu prüfen, wie die großen Mittel angebracht werden sollen, die für die sofortige Auswanderung notwendig sind; allgemein war man der Ansicht, daß zwar die Hauptlast von den privaten Organisationen getragen werden muß, daß aber auch aus öffentlichen Mitteln ein Beitrag zu den Kosten geleistet werden soll.

Oberkommissar Macdonald wies darauf hin, daß eine der Aufgaben, der er sich sofort nach seiner Ernennung gewidmet habe, die Beschaffung von Identitäts- und Reiseausweisen für die Auswanderer sei. Daß viele der aus Deutschland Ausgewanderten keinen gültigen Paß hatten, habe eine ernste Schwierigkeit gebildet. Für vier Kategorien von Personen habe Vorsorge getroffen werden müssen: a) für diejenigen, die einen deutschen Paß haben, aber keine Erneuerung durch die deutschen Konsulate nicht erlangen können; b) für diejenigen, die noch deutsche Staatsangehörige sind, aber keinen Paß haben; c) für diejenigen, die einen Staatenlosenspaß oder einen von den deutschen Behörden an Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht feststeht, ausgebenen „Fremdenpaß“ besitzen, dessen Gültigkeit erloschen ist; d) für Personen, die durch Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit ihrer Auswanderung aus Deutschland staatenlos geworden sind. Zunächst habe man daran gedacht, ein neues Dokument nach der Art des für russische und armenische Flüchtlinge ausgebenen „Nansen-Passes“ zu schaffen, habe aber dann eine einfachere Lösung gefunden.

Auf der Jannartagung der Ständigen Kommission des Verwaltungsrates des Flüchtlings-Oberkommissariats war vorgeschlagen worden, daß die Staaten, in denen die Aus-

gewanderten sich derzeit aufhalten, Bewerbern deutscher Staatsangehörigkeit oder Staatenlosen, die keinen gültigen Paß haben, ein „Identitäts- und Reisedokument“ ausfolgen, wie es auf einer Konferenz der Verkehrsorganisation des Völkerbundes im Jahre 1927 für Personen ohne staatlichen Paß beschlossen worden war.

Da für die Ausgabe eines solchen Dokuments eine internationale Konvention nicht notwendig war, konnte sie sofort erfolgen. Die Vorschläge des Komitees wurden an die Staaten weitergeleitet, die im Verwaltungsrat vertreten sind, und dieser billigte sie auf seiner Matagung. Nunmehr haben die Staaten, die in erster Reihe an der Auswandererfrage interessiert sind, allgemein die Vorschläge angenommen; die betreffenden Regierungen sind bereit, den Ausgewanderten entweder das von der Konferenz im Jahre 1927 vorgeschlagene Dokument oder ein in dem betreffenden Lande eingeführtes ähnliches Identitäts- oder Reisedokument auszustellen. Betreffend die Gültigkeitsdauer dieser Reisedokumente, konnte eine einheitliche Praxis aller beteiligten Länder nicht mehr erzielt werden. In England, Polen und Schweden sind die Regierungen bereit, ein Dokument mit einjähriger Gültigkeitsdauer auszustellen. In anderen Ländern ist die Gültigkeitsdauer auf sechs Monate beschränkt, in anderen wiederum soll die Gültigkeitsdauer je nach den Umständen variieren. Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ferner beschlossen zu empfehlen, daß dieses Reisedokument für die Erteilung von Visen in gleicher Weise anerkannt werden soll wie ein staatlicher Paß, und daß die Staaten den Ausgewanderten die Visa kostenlos ausstellen sollen. Diese Empfehlung wurde allen Staaten übermittelt, und man hofft, daß viele sie annehmen werden.

Die Regierungskommission im Saargebiet hat sich bereit erklärt, den in diesem Gebiete registrierten Ausgewanderten einen dem von der Völkerbundkonferenz vorgeschlagenen Dokument entsprechenden Ausweis zu geben.

Eine der Schwierigkeiten bei der Ausfolgung von Reisedokumenten in einzelnen Ländern bestand darin, daß die betreffende Regierung einen Nachweis darüber verlangte, daß der Ausgewanderte nicht mehr deutscher Reichsangehöriger oder anherstehende ist, von den deutschen Behörden ein Reisedokument zu bekommen.

Nunmehr habe die deutsche Reichsregierung ihre Konsulate angewiesen, in den Fällen, in denen sie aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sind, den Paß eines deutschen Reichsangehörigen zu verlängern oder einen neuen Paß anzufertigen, über die Ablehnung einen schriftlichen Bescheid zu erteilen.

Auch sei vereinbart worden, daß die deutschen Behörden in der Regel den Ausgewanderten Bescheinigungen über ihren früheren Aufenthalt in Deutschland geben werden. So werde es dem Ausgewanderten möglich sein, den Paßbehörden des Aufenthaltslandes den verlangten Nachweis zu erbringen, daß er von seinem Staat keine Reisedokumente erhalten kann, um nötigenfalls seine Identität nachzuweisen. Die allgemeine Annahme der Vorschläge des Verwaltungsrats bedeute die Veseitigung der technischen Schwierigkeiten bei der Ueberführung Ausgewanderten in Länder, in denen sie sich dauernd niederlassen können. Die Anträge auf Ausstellung der Reisedokumente sind nicht an das Oberkommissariat, sondern an die Paßbehörden der betreffenden Länder zu richten. Ueber die genannten Bedingungen für die Ausfolgung dieser Dokumente erteilen die großen Flüchtlingsorganisationen Auskunft.

Mahlzeit auf der Briefwaage

Die Gräfin als Volkserzieherin

h. h. Den Erfolgen, die der Sklavenhändler Ven mit seinem Ausspruch: „Wir müssen das überflüssige Fett in unserem Volke entfernen!“ errungen hat, wurde in diesen Tagen ein neuer zugesellt. In der landwirtschaftlichen Zeitschrift: „Land und Brau“ hat sich in letzter Zeit die Gräfin Grodenbrink über die Ernährung der landwirtschaftlichen Angestellten ausgelassen. Unter der Ueberschrift: „Frühstücksmengenabgabe für männliche und weibliche Angestellte“ schreibt die Hochwohlgeborene folgende Zeile:

Wenn der Beamte zur Frühstückzeit ein Ei und Brot bis zur vollkommnen Sättigung erhält, würde ich nach Größe des Eies eine Menge von 23—31 Gramm Butter, 14—19 Gramm Aufschnitt und 43—57 Gramm Sirup bzw. Marmelade verabreichen. Wenn außerdem noch Weisfläse zu dieser Mahlzeit verabreicht wird, können Sie die Butter und den Aufschnitt um etwa 18 v. H. kürzen. Für männliche und weibliche Angestellte dürften die Zahlen ähnlich liegen. Es muß hier aber auf die Beschäftigung Rücksicht genommen werden, da der Verbrauch an Kalorien den körperlichen Leistungen entsprechend verschieden ist. Zur Regelung der Verabreichung empfehle ich im Winter der Marmelade 2—3 Gramm Melasse hinzuzufügen.“

Man sieht sie vor sich, die Frau Gräfin im „dritten Reich“, wie sie mit Briefwaage und Millimetermaß ihren Angestellten Ei, Butter und Fleisch zuzieht. Sie wird das sehr gewissenhaft tun. Denn in ihrem Gutshaus darf an den sieben Wochentagen für das Frühstück pro Kasse nicht mehr verbraucht werden als 115,5 Gramm Fleisch und 189 Gramm Butter. Vorausgesetzt, daß kein Weisfläse verabreicht wird! Denn in diesem Falle würde sich die Fleischmenge um 20,8 auf 94,7 Gramm und die Buttermenge um 34 auf 155 Gramm und Kasse senken.

Das ist nicht mehr als billig! Man darf ja nicht vergessen, daß die treuhütenden Angestellten in der Woche 300 Gramm Sirup oder Marmelade pro Morgen verzehren. Und selbst wenn man die billigste Sorte dieser edlen Brotbekleidungs-möglichkeiten dafür beschafft: das Jahr ist lang. Außerdem werden ja die Kosten für die Marmelade im Winter noch durch die der Verdunnungsregelung dienenden Melasse verteuert. Melasse ist ein Abfallprodukt der Zuckerproduktion und wurde im Weimarer Staat dem Pferdeschutter beigegeben. So ändern sich die Zeiten.

Selbstverständlich ist die Frau Gräfin mit ihren Anforderungen in der Dessenlichkeit schwer angefallen. Daher haben sich eine Reihe nationalsozialistischer landwirtschaftlicher Zeitungen veranlaßt, die Frau Gräfin ein wenig anzuklopfen. Die „Nationalsozialistische Landpost“ versucht sogar den Anschein zu erwecken, als ob sie wirklich empört von einer derartigen Einstellung gegenüber den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern abdrückt. Aber das nützt den Herrschaften nichts. Denn erst der nationalsozialistische Staat mit seiner Unterordnung unter den Willen des Arbeitgebers hat

den Besitzenden die Möglichkeit gegeben, sich öffentlich für eine derartige Auffassung einzusetzen, wie es die Gräfin von Grodenbrink in obigem getan hat.

Herr Hauptmann Löwenstein

Hitlerjude am Scheidewege

Die „Deutsche Freiheit“ hatte vor nicht langer Zeit auf die würdelose Rede hingewiesen, die der wenig rühmlich bekannte Führer des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten „Hauptmann der Reserve a. D.“ Leo Löwenstein kürzlich gehalten hatte. Löwenstein hatte unter anderem erklärt, er verlange gar nicht, daß man den Juden in Deutschland die Gleichberechtigung zugestände, man müsse ihnen aber gestatten, Soldaten zu werden und für das Vaterland die Waffen zu tragen.

Wir haben uns offenkundig gewundert, daß tausende ebemaliger jüdischer Frontsoldaten, die dem R.I.F. angehören und von denen wir wissen, daß sie im Kleinen Finger mehr Charakter besitzen als ihr sogenannter Führer jemals im großen Munde gehabt hat, sich eine solche Charakterlosigkeit dieses Mannes widerspruchslos gefallen lassen. Es ist uns eine Genußart, zu erfahren, daß sich endlich die Opposition gegen Hauptmann Löwenstein regt, der seit Jahren nur ein Ziel kennt: die jüdischen Frontsoldaten als Vorposten für den Verband der nationaldeutschen Juden zu mißbrauchen.

Die Ortsgruppe Düsseldorf des R.I.F. nahm am 18. Juli als Antwort auf Löwensteins Rede eine Entschiedenheit an, die als Kampfspruch gegen den Dakenkreuzritter Löwenstein zu werten ist. In ihr wird betont, daß die Erhaltung des Lebensraums des deutschen Judentums erstrebt wird und daß man charaktervoll daran arbeiten wolle, „den Typus Juden zu erhalten, der der ganzen Welt zeigt, was Jude sein wirklich bedeutet.“ Wie wir hören, begründete der Düsseldorf-Gemeinderat Dr. Siegfried Klein, unseres Wissens ehemaliger Reichstagsabgeordneter, in warmen Ausführungen die Notwendigkeit einer solchen Entschiedenheit im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Resolution sei an alle Ortsgruppen des R.I.F. gerichtet und werde so den Anlaß zur Klärung einer der entscheidenden Fragen des Bundes geben.

Herr Löwenstein wird Harbe bekennen müssen. Dabei wird ihm wohl kein „Aren und Seldit“, auf den er sich so oft berufen hat, kaum helfen können. Dakenkreuz und Davidstern! Man spritzen all! nicht, jetzt muß gepiffen werden.

Ein neues Mdr.

Wie wird man „national“?

Man schreibt uns aus der Pfalz: Als Ersatz für die von Hitler am 30. April „erledigten“ 24-Führer die Mitglieder des sogenannten Reichstags waren, wurden gemäß der neuesten nationalsozialistischen Uebung im „dritten Reich“ von Innenminister Frick eine Reihe anderer Nazi zu „Abgeordneten“ ernannt. Unter ihnen befindet sich auch einer namens Pöschel aus Reutstadt (Pfalz). Dieser Pöschel, ein Männlein Anfang der 30er Jahre, ist seit einiger Zeit

„Gauwirtschaftsberater“ der Pfalz ohne daß irgend jemand weiß, woher er von wirtschaftlichen Dingen etwas verstehen soll. Man hätte ihn genau so zum Professor für hebräische Sprache ernennen können, denn beides sind ihm Bücher mit 7 und noch mehr Siegeln.

Zur Zeit der Republik war er im Nebenamt Lehrer, im Hauptamt Naziagitator. Dazu hatte Bölling, wie so viele andere seiner Pa. in der Pfalz, besondere Legitimation. Als der Herr Nazi-Lehrer noch kein Geld von der deutschen Republik bezog, sah sich noch im Vorbereitungsstadium für seinen späteren Nebenberuf besand, über keine Mittel verfügte und Musik in Gasthauskapellen machte, war die Pfalz noch von französischen Truppen besetzt. Es war zu der Zeit als die pfälzischen Eisenbahner den Dienst verweigerten und lieber die Ausweisung auf sich nahmen, als die Eisenbahn in französische Hände übergeben wurde, da überkam diesen Patrioten die Puh, wenn er schon von der deutschen Republik kein Geld bekommen konnte, soleses von der französischen Republik zu beziehen. Das war auch um deswillen annehmbar, weil der französische Franken viel kaufkräftiger war als die Inflationenmarke Bölling wandte sich an eine befreundete Person von der er glaubte, daß sie Beziehungen zu einem Regiebahngesellschaft habe, um durch dessen Vermittlung zu erreichen, daß er von der französischen Regiebahngesellschaft eingestellt werde. Die angegangene Person machte ihn darauf aufmerksam, daß er das doch nicht machen könne, Bölling setzte sich über solche Kleinliche Bedenken hinweg und erwiderte ihm sprichwörtlich: „Ubi bene, ibi patria“. „Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland“. Wenn er nicht zur französischen Regiebahngesellschaft kam, so lag das nicht an ihm, sondern an der anderen Seite.

Jetzt geht es dem Herrn Gauwirtschaftsberater, Lehrer und neuem M. d. R. an in Deutschland, also ist es sein Vaterland.

Wer weißt da noch an dem reinen Patriotismus der Naziparolen? Da Herr Frick nicht die richtige Wahl getroffen, als er Bölling zum Ersatz für „ehrverächterliche“ Vertreter“ wie keine Vorgänger von nazionalenwegen genannt werden, berufen hat?

„Mutter und Kind“

Im „dritten Reich“

(Zusatz) Ueber die Praxis der nationalsozialistischen „Sorge für Mutter und Kind“, zu der in hunderten von Plakaten aufgerufen wird, gibt der folgende Vorfall, der uns bekannt wird, Aufschluß.

Einer Mährigen Frau, die auf dem Arbeitsamt Wedding wegen Unterstützung vorstellig wurde, erklärte der diensttuende Nazibeamte, sie müsse sich für den nächsten Morgen bereit halten, zur Pöschel zu fahren. Auf die Frage der Frau, was denn in ihrer Abwesenheit mit ihrer Wohnung und ihren Möbeln werden solle, antwortete der Beamte: „Dann machen Sie sich keine Sorgen. Die kommen auf den Speicher.“ Die Frau, erschrocken, fragte weiter: „Ja, soll ich denn mein Kind von 4 Jahren mit in die Pöschel nehmen?“ Der Beamte fährt die Frau während an: „Nebenfalls fahren Sie morgen früh zur Pöschel! Für Ihr Kind steht uns das Pöschelhaus zur Verfügung; da werden wir es unterbringen. Damit basta.“

Die europäische Unruhe

Widerhall der Rede Baldwins

A. Ph. Paris, den 2. August 1934.
(Von unserem Korrespondenten)

Baldwins am Montag im Unterhaus gehaltene Rede ist zu bedeutungsvoll, als daß sie nicht eine Zeitlang im Vordergrund des politischen Interesses in Frankreich stehen sollte, wenn dies auch durch die alarmierenden Meldungen über Hindenburgs Gesundheitszustand sehr stark in Anspruch genommen ist. Dabei wird jetzt manches Wenn und Aber laut; die einen möchten, Baldwin hätte sich noch deutlicher ausdrücken müssen, andere wie Saint-Brice im „Journal“ bemängeln die geringe Begeisterung, mit der der keltvertreibende englische Ministerpräsident über den Diktat gesprochen habe. Man möchte eben lieber ein französisch-englisches Militärbündnis, dessen einzelne Artikel man schwarz auf weiß nach Hause tragen könnte, als das Versprechen eines Ministers, das leicht in Vergessenheit geraten könnte, wenn sich die Völker am europäischen Himmel erst einmal verzogen haben.

Dabei verschweigen die Blätter heute die Sorgen nicht, die ihnen das Verhalten Jugoslawiens macht, das seine Truppen zum Einmarsch in Italien bereit hält, falls Mussolini etwa zum Schutze der österreichischen Unabhängigkeit in Oesterreich einrücken würde.

Leon Bailby meint im „Tour“, England und Frankreich hätten sicherlich ein gemeinsames Interesse daran, sich mit Italien in Verbindung zu setzen, damit man keinen Fehler mache. Man habe zu oft die augenblickliche Lage mit der im Juli 1914 verglichen, als daß man nicht verpflichtet sei, Wache zu halten in der Nähe der Pulvermagazine, die leicht in Brand geraten könnten.

Im übrigen verweist im gleichen Blatte Georges Marceonay auf die ungeschwezte, heilsame und ernüchternde Wirkung, die Baldwins Rede in Deutschland auslöste. Dieser Sieg habe eben gelehrt. Man könne sicher sein, daß das jedesmal so sein werde, wo London keinen Zweifel an seinen Absichten lassen werde.

„Die Küste von Dover liegt an der Donau“, so variiert Vladimir D'Ormesson Baldwins Wort, Englands Grenze sei der Rhein. Er bedauert, daß Italiens Haltung in der österreichischen Frage die Belgrader Presse in Aufregung versetze. Es sei kein Grund zu Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawien und Italien vorhanden.

Trotz aller Sympathien für Jugoslawien müsse man doch sagen, die wichtigste Frage sei für Europa im Augenblick Oesterreichs Unabhängigkeit.

Für sie setzen sich mit aller Energie Frankreich, England und Italien vereint ein. Diese ruhige und feste Haltung sei die einzige und beste Garantie für Europas Frieden.

Im „Journal“ meint Saint-Brice, vor allem müsse man das Rührwerk beseitigen, das sich zeigt, weil die kleine Entente Italien den einzigen wirksamen Schritt verbieten zu müssen glaube, durch den Oesterreichs Unabhängigkeit zu retten sei.

„Petit Parisien“ stellt Englands Wandlung mit Genugtuung fest.

Frankreich ziehe jetzt Vorteile aus der Unruhe Europas, die Oilerdeutschlands Werk sei.

Der geräuschvolle Austritt des Reiches aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz, die schweren Verletzungen der Militärklauseln des Versailler Vertrages, die ununterbrochene Einmischung der Nazis in Oesterreichs Innenpolitik, die Mordtaten vom 30. Juni, der Kanzlermord am 25. Juli hätten England angewidert, das jetzt mehr und mehr das Bedürfnis, sein Gewicht auf die europäische Waagschale zu legen, zu erkennen gebe. Man könne sich in Frankreich zu diesem Streben nur beglückwünschen, das zu einer immer enger werdenden Annäherung zwischen England und Frankreich führen könne, zur Verteidigung des Rechts und der Gerechtigkeit wie zur Aufrechterhaltung und Organisation des Friedens.

Wien und Rom

Die Spannung in Oesterreich und Mussolinis militärische Demonstration

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, 1. August.

Die französische Presse hält mit ihren Bedenken über die innerösterreichische Entwicklung auch heute nicht zurück. Man kennt hier genau die Schwächen, die Diktat während seiner Regierungszeit deutlich erkennen ließ, man erinnert hier und da daran, daß es alles andere als politisch klug von ihm war, die österreichische Sozialdemokratie zu vernichten, wodurch er in einen Zweifrontenkrieg hineingezwungen wurde, aber das hindert die Blätter nicht, anzuerkennen, daß Diktat, nicht zuletzt geführt auf das internationale Ansehen, das er genoss, allein imstande war, das österreichische Staatschiff zwischen Scylla und Charibdis einigermaßen heil hindurchzuführen.

Diese Autorität, das ist in hiesigen politischen Kreisen ebenso wie in der Presse die einhellige Auffassung, fehlt dem neuen Bundeskanzler.

Man zweifelt nicht an Schuschnigg's gutem Willen und ehrlichen Absichten. Aber man fürchtet, er werde sich gegenüber den Ansprüchen der Heimwehr nicht durchsetzen können. Leise erinnert man zuweilen auch daran, daß der neue Bundeskanzler früher ein begeisterter Anhänger des Anschlußgedankens war. Einmütig ist man hier der Auffassung, daß für Oesterreich mehr die schwarzen als die weißen Vögel in der Zeiten Schöße ruhen.

In diesem Zusammenhang meint „Deuxre“, es handele sich im Augenblick in Oesterreich um einen Burgfrieden zwischen Christlich-Sozialen und Heimwehr. Nie-

wand könne sagen, ob dieser Burgfrieden von kurzer oder langer Dauer sein werde. Wie dem auch sei, von seiner Dauer hänge die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung und auch die Politik ab, die Hitlers Sondergesandter von Papen in Deutschlands Namen in Wien treiben müsse.

Eines sei sicher, der jetzt beginnende Zeitabschnitt werde Oesterreichs Schicksal entscheiden.

Im „Figaro“ betont James Donnadieu, daß Schuschnigg als Bundeskanzler neben sich den Vizekanzler Fürsten Starbemberg und den Major Feu habe, dem die gesamte Polizei unterstellt sei. Beide seien die bedeutendsten Heimwehrführer. Das gebe zu denken. Wenn auch im Kabinett alle einig seien im Kampf gegen Diktat, so seien sie es aber durchaus nicht in der Behandlung wichtiger innen- und außenpolitischer Fragen.

Geheimabkommen?

London, 1. August.

In einer Meldung des Wiener Korrespondenten der „Daily Mail“ heißt es, die scharfen militärischen Maßnahmen, die Mussolini zum tatsächlichen Schiedsrichter in Mitteleuropa machen, ließen sich, wie der Berichterstatter in ausgezeichnet unterrichteten diplomatischen Kreisen erfahren haben will, aus einem politischen Abkommen her, das bisher geheim gehalten worden sei.

Anschließend habe Mussolini von den revolutionären Absichten der österreichischen Nationalsozialisten Kenntnis gehabt, aber der Putsch, der die Regierung Diktat habe stürzen sollen, sei erst für den Monat September beabsichtigt gewesen. Der Duce hätte sicherlich Diktat bei der geplanten Zusammenkunft in Riccione davon unterrichtet. In jedem Falle habe er seine Vorbereitungen getroffen, um schleunigst einzugreifen.

Allerdings sei zu befürchten gewesen, daß die jugoslawische Regierung ein Eingreifen Italiens in Oesterreichs Angelegenheiten benutzt hätte, um in Italien einzudringen. Aber die französische Regierung habe, so erklärt „Daily Mail“, versprochen, ihren Einfluß zu verwenden, um von Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei die Zusage zu erhalten, daß Italien, wenn es gezwungen sei, Oesterreich zu Hilfe zu kommen, dies tun könne, ohne Gefahr zu laufen, von anderen beunruhigt zu werden.

Mussolini und Hitler

Ernst der Lage in die deutschen Köpfe

London, 1. August.

Der römische Korrespondent der „Morning Post“ meldet seinem Blatte, daß die persönlichen Worte, die Hitler in seinem offenen Briefe an Papen ausgesprochen habe, auf diplomatischem Wege Mussolini mitgeteilt worden seien. Italien aber halte als Antwort zwei Flugzeugbrigaden, das heisse 200 Flugzeuge in Bereitschaft, die in den letzten Tagen zu Wandern in Venetien versammelt seien. Italiens amtliche Auffassung der Dinge sei kurz gefaßt die, daß man seine Ansicht über Deutschland ändern müsse und die Kraftanstrengung nötig sei, um „in die deutschen Köpfe die Erkenntnis von dem Ernst der Lage hineinzutrichtern“.

Pariser Berichte

Deutscher Klub

Um 21 Uhr im „Péristyle“ 31 bis, Rue de Vivienne (Metro: Bourse) heute, Samstag: Geselliges Beisammensein mit Tanz, zu dem Gäste sehr gern willkommen sind. Gastbeitrag: 5 Fr. (Stellungslöse: 3 Fr.)

Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France

Freitag, 3. August, abends 7 Uhr, Gottesdienst im Betsaal „Chez Cohn“, 17 Rue Béranger (Metro République) in Paris. Deutsche Predigt. Jedermann ist willkommen.

20 Pariser Bankiers vor Gericht

20 Pariser Bankiers hatten sich kürzlich vor Gericht zu verantworten. Gegen sie war Anklage erhoben worden, weil sie die Lose für die Nationallotterie, deren Preis auf 100 Fr. je Stück festgesetzt ist, mit einem Aufgeld verkauft hatten. Sie hatten durchschnittlich 10 bis 20 Fr. mehr gefordert und erhalten.

Als Entschuldigung machten die Angeklagten geltend, daß sie zusammen mit dem Los jedesmal einen anderen Gegenstand verkauft hätten. Die einen hatten den Kauf eines Bleistiftes, die anderen den einer Brieftasche verlangt, andere wieder gaben die heißbegehrten Lose nur ab, wenn man gleichzeitig ein Los für eine andere Lotterie, zum Beispiel die Luxemburger, erstand.

Aber das Gericht meinte, das seien alles nur „Mädchen“, mit denen man dem Lotteriegewinn ein Schnippchen schlagen wolle. 17 Bankiers erhielten deshalb Geldstrafen von teils 16, teils 25 oder 50 oder 100 Fr., während die restlichen drei Angeklagten freigesprochen worden.

Helfer der Pariser Fußgänger

In Paris befinden sich auf den Straßenübergängen fast an allen Ecken große Nügel mit noch größeren Köpfen, die anzeigen, an welchen Stellen die Fußgänger die Straßen überqueren dürfen, ohne Gefahr zu laufen, dem Verkehr zum Opfer zu fallen. Diese „Sicherheitswege“, die es oft gar nicht sind, führen die Bezeichnung „Passage Clouté“.

Nun unterrichtet dieser Tage der Abgeordnete des Departements Haute-Saône Théo Valensi den Präsidenten der französischen Kammer davon, daß er beim Wiederzusammentritt des Parlaments nach den Ferien an den Minister des Innern folgende Anfrage richten werde: 1. Ueber die Sicherheit, die angeblich die Passages Cloutés gewähren, 2. über die oft tödlichen Unfälle, die sich täglich ereignen, 3. über die Art, wie Kraftwagenführer und Schaffner oft die Passages Cloutés mißachten, 4. über die Gründe, aus denen heraus es der Polizei unmöglich sei, eine Verlangsamung des Verkehrs zu erreichen, 5. über die Notwendigkeit, allen Kraftwagenführern den Führerschein sofort zu entziehen, die Schuld an einem Unfall seien.

Herr Théo Valensi ist auf dem besten Wege, bei den Pariser Fußgängern sich beliebt zu machen.

BRIEFKASTEN

„Hand“. Ihnen hat man aus dem Reich geschrieben, man erzähle sich dort, daß Göring alle seine Beamten zu Oberbeamten ernannt habe, um sie ebenfalls an seinem Aufstieg teilnehmen zu lassen.

Kumulusiger Emigrant Schwelger. Sie haben die Trautl der Emigration in vielen Jahren und Ländern gekostet. Umso schöner, daß Sie so unverändert geblieben sind und sich dankbar daran erinnern, die Ihnen in Deutschland geholfen haben. Einige davon sind, wie Sie uns schreiben, Opfer der braunen Wirtsdämonen geworden. Besonders gefreut hat uns, daß Sie als alter Mitarbeiter wie folgt über unser Blatt urteilen: „Ich gehöre zu denjenigen, die die „Deutsche Freiheit“ von Anfang an jeden Tag fleißig lesen, und sie ist mir eine Lebensnotwendigkeit geworden. Ich habe wiederholt auf Grund meiner Personalkennnisse in Deutschland feststellen können, daß Ihre Angaben auf Wahrheit beruhen. Man kann Ihnen volles Vertrauen schenken. Ich lese Ihre Zeitung, und ich trage nach meinen Kräften bei, sie zu verbreiten. Ich bewundere Sie. Der Kampf muß weiter gehen, bis die Freiheit kommt.“ Verlassen Sie sich darauf: es wird bis zum Ende gekämpft und Deutschlands Freiheit wird kommen.

G. S. W. In Ihrer Stadt erzählt man sich: Ein Betrunkener steht vor dem Schaufenster einer Kunsthandlung, wo die Bilder der Führer des Reichs ausgestellt sind. Wandend und mit geballter Faust schreit er immer wieder das Bild von Diktat an: „Tsch kauf ich mir noch.“ Ein Schuhmann, der in der Nähe stand, führte ihn ab. Als die Personalkennnisse festgelegt waren, teilte ein Schupo der Ehefrau mit, daß ihr Mann eingesperrt sei und warum. Die Frau fuhr hoch: „Ja, wenn der Herr belassen ist, kauf ich jeden ... Tred.“

Wandorf. Ihnen haben deutsche Kuratäre erzählt: Im Himmel gibt es bekanntlich auch Tiere. Einige davon hielten beim Petrus den Hund, einmal herunter gehen zu dürfen in das „dritte Reich“, weil sie sich überlegen wollten, wie es den Tieren geht. Querschnitt das Pferd los. Es kam gleich wieder zurück und sagte: „Da ist für mich nichts mehr zu tun. Es gibt nur noch Antos.“ Dann ging die Kuh hinunter. Auch sie kam sofort zurück; sie klagte: „Die wollen mich in alle Wecken.“ Zuletzt hoppelte die Flegel los und kam und kam nicht wieder. Endlich nach dreiviertel Jahren kam sie abgesetzt und im ganzen Körper geschunden zurück. Petrus fragte sie, ob es ihr denn im „dritten Reich“ so gefallen habe, weil sie so lange ausgeblieben sei. Beantwortete: „Im Gegenteil. Ich habe einmal „wemederi“ und bin dafür gleich ins Konzentrationslager gekommen.“

„Wasserkante“. Sie schreiben uns: „In Hamburg ist neulich ein exotischer Baumstamm angekommen, den zwei SA-Männer in die Goulette transportieren sollten. Da der Stamm sehr lang ist, macht der eine SA-Mann den Vorschlag, den Stamm auseinanderzuliegen. „Nein“, erwidert der andere, „das dürfen wir nicht, denn dann hat der Stamm nicht mehr das richtige Maß. Er soll zu einer Mundharmonika für Dr. Goebbels verarbeitet werden.“

Brookton. Sie schreiben uns: „Obgleich ich beträchtlich weiter links stehe als Sie, möchte ich doch sagen, daß die „Deutsche Freiheit“ die einzige im Ausland erscheinende Tageszeitung ist, die ihre Aufgabe im vollen Maße gerecht wird.“ — Doch uns Anerkennungen von Lesern, zumal Journalisten, die „weiter links“ stehen, besonders freuen, werden Sie uns glauben. Wenn wir nun aber behaupten, wir hätten „weiter links“ als Sie? Wer entscheidet dann den Streit?

Stockholm. Ihrem Briefe entnehmen wir: „Kärlid verschwand aus Stockholm der ehemalige deutsche Botschafter Kurt Martin Wäntner alias Walter Dabberg. Nach dem getroffenen Arrestbefehl ist offensichtlich, daß B. seit einigen Monaten im Dienste der Gestapo steht. Der struppellose Verräter portierte seine Zwangsarbeit mit gemeinsamen Betrügerkreisen, Neben Dofumenten entgegen, er einen

größeren zur Emigrantenunterstützung bestimmten Geldbeitrag und unterschlag Abonnementsgelder. Sicherlich beging er die kriminellen Handlungen in der Ueberzeugung, daß die Gestapo ihren Agenten unter allen Umständen deden würde. Bekanntlich sind solche verbrecherischen Subjekte für die schmutzige Arbeit der Gestapo ausgenutzt. Wäntner-Dabberg, geboren in Dresden, ist 36 Jahre alt, zirka 1,70 Meter groß, dunkles geschnittenes Haar, hageres längliches Gesicht, spricht tschechische Dialekt, Beruf Elektromechaniker.“

Jarich. Die beiden erschienenen Kriminalromane (Band 444 der vom Reichsamt für Statistik herausgegebenen Publikationen) heißt fest, daß die meisten Morde am Wochenende stattfinden. An dieses Gesetz hat sich auch der „Führer“ gehalten, bekanntlich war der 30. Juni ein Samstag!

G. W. Wir bedauern gern, daß infolge eines Druckfehlers der Geburtsmonat von Rego falsch angegeben wurde. Rego hatte am 20. Juli Geburtstag.

Literatur

Theodor Wolff: Der Krieg des Pontius Pilatus. 454 Seiten. Kart. Nr. 9. — Feinen Nr. 11. — Verlag C. Bertelsmann, Göttingen. — Zwanzig Jahre sind seit dem Ausbruch des Krieges vergangen. Alle Völker können sagen, daß sie diesen Krieg nicht gewollt haben und von den Staatsmännern hat, welcher Art ihre Rolle auch gewesen ist, keiner die ungeschwezte Haftung der Opfer vorliegen lassen. Hunderte Millionen Menschenleben vernichtet, auf den Schlachtfeldern oder hinter den kampfbereiten Fronten, nein, so weit hat vor zwanzig Jahren auch die radikalste Vorkehrungsmaßnahme nicht gereicht. Und keine Statistik vermag von dem getöteten Welt. Man kann in dem Buch Theodor Wolffs drei Abschnitte unterteilen. Der erste Teil handelt von den Vorgängen und, genauer gesagt, von den politischen Lehren Wilhelm II. und seines Kanzlers Bethmann-Hollweg in den letzten Jahren vor dem Krieg. Der zweite Teil gibt eine Darstellung der geistigen Strömungen, der inneren Verhältnisse und der hauptsächlichsten handelnden Persönlichkeiten in den wichtigsten Ländern, die dann in den Krieg eintraten. Der dritte Teil des Buches nähert sich dem Genere der Memoiren, denn er enthält, innerhalb der fortlaufenden Darstellungen der politischen Vorgänge, das, was der Verfasser als damaliger Oberbefehlshaber des „Berliner Tageblattes“ in den Tagen vor dem Ausbruch des Krieges selbst erlebt und gesehen hat. Das Buch ist nicht zu verwechseln mit der großen Menge von Werken, die den Ausbruch des Krieges auf Grund eines gelehrten Quellenstudiums schildern. Die genaue Kenntnis der in den Akten dargelegten Tatsachen ist hier nur nebensächlich, ohne jede Verdrängerin verwerfend und bildet nur die sichere Grundlage, auf der das eigene, sehr persönliche, neue Gesichtspunkte eröffnende Urteil und die farbige und plastische Schilderung des selber Mitgelebten sich ausbreiten. Soll man das Buch, trotz seiner historischen Eigenart, in eine bestimmte Gattung einreihen, so sieht sich am besten sagen, daß eine gewisse Weisheitsgemäßheit mit den Büchern zweier Ränder der literarischen Darstellung besteht, die Theodor Wolff besonders liebt: mit den Büchern Andre Maurois' und Volon Sizouens.

„Europäische Post“ Nr. 16 haben erschienen. Aus dem Inhalt: Will Schömann: Europas eiserne Bande. Dr. Carl Engelbert Diktat. Ein Kriminalroman. Der Fall Feu, Georg Steinbock: Sieger Tordien. Notizen.

„Die Sammlung“. Diese ausgezeichnete Zeitschrift gibt soeben ihr August-Heft heraus. Damit schließt die „Sammlung“ zugleich ihren ersten Jahrgang ab, der alle Erwartungen erfüllt hat, die man an den Kreis ihrer Helfer stellen mußte. In diesen zwölf Heften hat das geistige Deutschland seinen Ausdruck gefunden, das heute außerhalb seiner Grenzen höchstes deutsches Werk repräsentiert. Wir danken dem Herausgeber Klaus Mann und seine Mitarbeiter, dankbar für das Vergangene, das Kommende erwartend.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pils in Dabweller; für Ankerate: Otto Kubin in Saarbrücken. Ankerate-Verlag: Verlag der Volkshilfe GmbH, Saarbrücken, Schützenstraße 6. — Schlichtsch 776 Saarbrücken.